

Leipzigs NEUE

LINKE ZWEIFACHWOCHEENZEITUNG
für Politik, Kultur und Geschichte

› Termin im Leipziger Rathaus

Mit Ilse Lauter im Gespräch über Kommunalpolitik nach dem Bürgerentscheid, über Niederlagen und Ängste sowie einen „Sack Flöhe“ Seite 3

› Der Staatsanwalt verstaubt den Talar

... und macht sich lächelnd auf zum Rapport. Stand die Anklage auch auf wackligen Beinen, ganz so billig ließ er den Linken nicht davonkommen Seite 5

› Die Russen

Ein altes neues Feindbild geht um Seite 7

› Streitfall Richard Wagner

Werner Wolfs Polemik zum 125. Todestag Seite 10

3

2008

1,30
Euro

16. Jahrgang
8. Februar

www.
leipzigs-neue.de

Nur 1 Euro
im Abo

Scherz, Satire oder tiefere Bedeutung?

Die Leipziger Bürgerinitiative präsentierte auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung ein neues Vorhaben. Anlässlich des 1. Jahrestages plant sie für den 27. Januar 2009 einen Bürgerentscheid. Die Mobilisierung hat begonnen...



Foto: Eiltzer

**Stolperstein City-Tunnel
im Sächsischen Landtag Seite 4**

Im Februar vor 18 Jahren ...

Gesprochenes und Gebrochenes

Die Politikdefizite, für die viele Wähler zur Zeit ihre Politiker abstrafen, hatten politisch aktive DDR-Bürger am Runden Tisch vorausgesehen. Und so sehr es gewisse Laienpolitiker seinerzeit auch drängte, sich der BRD bedingungslos anzuschließen, der Runde Tisch sah und benannte reale Gefahren. Am 19. Februar 1990, auf seiner 13. Sitzung, als Ministerpräsident Modrow über den Besuch in Bonn berichtete, wurde – die aktuelle Situation aufgreifend – die Volkskammer gebeten, sich u. a. „folgende Forderungen zu eigen zu machen:

- Im Vertrauen auf die demokratische Kraft des Volkes bitten wir alle Bürger dieses Landes, ihren Wirtschaftsfunktionären, ihren politischen Interessenvertretern und den Staatsfunktionären in Gelddingen auf die Finger zu sehen und sie nicht aus der demokratischen Kontrolle zu entlassen.
- Von den Staatsorganen fordern wir, gründlich und gewissenhaft ihren Pflichten als übergeordnetes Organ nachzukommen und eindeutig im Interesse der Erhaltung und Mehrung des Volkseigentums zu entscheiden.
- Die Parteien, gesellschaftlichen Organisationen und Bürgerbewegungen fordern wir auf, ihre wirtschaftlichen Beziehungen derart zu gestalten, dass kein Ausverkauf gemeinschaftlichen Eigentums erfolgt ...
- Die Staatsanwaltschaft und Gerichte fordern wir auf, Anzeigen aus der Bevölkerung zur Veruntreuung von Volkseigentum, von Eigentum der Parteien, gesellschaftlichen Organisationen und Bürgerbewegungen mit der gebotenen Sorgfalt und Schnelligkeit zu bearbeiten.“

Auch andere Gefahren versuchte der Runde Tisch (nicht nur) an diesem Februartag abzuwehren: „Eine NATO-Mitgliedschaft des zukünftigen Deutschland ist mit dem Ziel der deutschen Einheit im Rahmen einer europäischen Friedensordnung nicht in Einklang zu bringen und wird deshalb grundsätzlich abgelehnt. Ein entmilitarisiertes Status eines künftigen einheitlichen deutschen Staates wird angestrebt.“

Die Mütter, deren Söhne demnächst in Zinksärgen vom „robusten“ Kampfeinsatz aus Afghanistan heimkehren, haben allen Grund zur Revolution. Und die anderen gewesenen DDR-Bürger auch, denn der Runde Tisch hatte klug vorausschauend die Regierung Modrow beauftragt, in den beginnenden Verhandlungen zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion mit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland

1. bei notwendigen Strukturwandlungen und entsprechenden Personalveränderungen, einschließlich zu entwickelnder Umschulungsprogramme, ein Mitspracherecht der jeweiligen Betriebsvertretung zu gewährleisten;
2. vordringlich und in besonderer Weise die Interessen leistungsgeminderter und sozial schwacher Personen zu berücksichtigen, um eine Sicherung und Verbesserung ihrer Lebenslage zu erzielen;
3. die Ansprüche und Forderungen von alleinerziehenden Eltern, kinderreichen Familien, Rentnern und Behinderten zu sichern;
4. die Eigentumsrechte von Bürgern der DDR an Grund, Boden und Gebäuden zu gewährleisten.“

Drei Tage vorher, am 16. Februar 1990, als auch in der alten BRD Befürchtungen über einen Sozialbau nicht mehr zu überhören waren, versprach Kanzler Kohl seinem Volk: „Den Bürgern in der Bundesrepublik Deutschland möchte ich sagen: Unser soziales Netz bleibt dicht geknüpft. Kein Rentner, kein Kranker, kein Arbeitsloser, kein Kriegssopfer, kein Sozialhilfeempfänger braucht Leistungskürzungen zu befürchten.“

• M. W.



So sehe ich das

Was sollen sie bloß tun, der Koch und die Ypsilanti? Sie wollen, jeder für sich, die Macht. Doch die Krone ist, wie

schon Kaiser Friedrich Wilhelm IV. nach der 1848er Revolution räsionierte, vom „Ludergeruch der Revolution“ verunehrt. „Soll die tausendjährige Krone deutscher Nation ... wieder einmal vergeben werden, so bin ich es und meinesgleichen, die sie vergeben werden. Und wehe dem, der sich anmaßt, was ihm nicht zukommt?“

„Gegen Demokraten helfen nur Soldaten“, so das damals schon geflügelte Wort, das der Kaiser zur Konkretisierung seiner Drohung zitierte.

Egal, ob Roland Koch dieses Stück Geschichte kennt oder nicht, Schäuble stellt längst die Weichen. Beim G8-Gipfel mussten die Soldaten schon mal gegen eigene Bürger ran. Es hat funktioniert. Allerhand Demokraten bellten zwar aufmüpfig, aber die Aufrüster ziehen weiter.

Nichts Neues also unter der Sonne im geteilten Deutschland der Armen und der Reichen – sieht man einmal davon ab, dass vor allem unbotmäßige, von alten sozialdemokratischen und damit sozialstaatlichen Ideen träumende Hessen Andrea Ypsilanti zu ihrem unerwartet guten Abschneiden verhalten. Der revolutionäre Ludergeruch

macht aber auch ihr zu schaffen, die doch eine Parteilinke sein will. Zum einen, weil den ganzen Wahlabend lang bei allem blöden Gehetze gegen die LINKE nicht zu verschweigen war, dass nur deren Parlaments-einzug die rechtslastige CDU vom Thron stoßen kann, was automatisch der SPD nutzt. Da konnte Frau Ypsilanti noch so fuchsteufelswild Fragen abwehren, ob sie nun mit den LINKEN koalieren wolle.

Es weht ein Hauch vom „Ludergeruch der Revolution“

Der „Ludergeruch der Revolution“, der immer wieder mal auch durch das Hessenland weht seit in der Frankfurter Paulskirche das erste deutsche Parlament tagte, wird sich jetzt auch im Wiesbadener Hohen Haus verbreiten – und spätestens dann Frau Ypsilanti gar nicht mehr so unfein in der Nase kitzeln. Vorausgesetzt sie ist weiterhin so couragiert und stellt sich als Ministerpräsidentin zur Wahl. Die von ihr so missachtete LINKE mitsamt ihren sechs Abgeordnetenstimmen dürfte dann noch einmal für ihren Sieg ausschlaggebend sein. So sehr sie diese Tatsache in bisherigen Interviews wegzulächeln oder einfach zu ignorieren suchte. Fakt bleibt Fakt.

Dabei hat sie ohnehin ein Problem, wenn sie nicht mit den LINKEN koalieren will. Denn tolerieren lassen müsste sie sich mindestens. Was für die LINKE nicht die

schlechteste Variante wäre, weil es sie unabhängiger macht, sie ihr Gesicht wahren kann. Die FDP jedenfalls scheint sich einer Ampelkoalition standhaft zu verweigern. Und selbst wenn die dann, aus „landspolitischer Verantwortung“ oder welchen auch immer strapazierten Gründen heraus, doch den „nützlichen Idioten“ geben sollte, dann hat sie erst recht ein Problem am Hals. Gregor Gysi formulierte es feixend schon am Wahlabend. Er sei mal gespannt, wie Frau Ypsilanti ihre üblichen Vorstellungen von Mindestlohn und Hartz-IV-Verbesserungen mit diesen Leuten verwirklichen wolle.

Was dann aber tun, sprach Zeus, die Welt ist schon vergeben. Eine große Koalition? Ach, arme Andrea Ypsilanti, so ist es, wenn man im Wahlkampf so tut, als wären CDU wie LINKE gleichermaßen ungeliebte Gegner und dabei missachtet, dass beide sich in ihrer Programmatik, in ihrem sozialen Engagement wie Feuer und Wasser unterscheiden. Dieser Tag nun sieht es bereits so aus, als könnte sie Koch verzeihen. Aber: Wenn Links nicht zu Links findet, wo ist dann noch Hoffnung?

Seinerzeit in Frankfurt in der Paulskirche sprach Ludwig Uhland ein berühmt gewordenes Wort: „Glauben Sie, meine Herren, es wird kein Haupt über Deutschland leuchten, das nicht mit einem vollen Tropfen demokratischen Öls gesalbt ist.“ Mal sehen, ob sich Frau Ypsilanti als solches Haupt erweist. • MAXI WARTELSTEINER

Studenten besetzen Leipziger SPD-Büro

LN. Aus Protest gegen das geplante neue Hochschulgesetz, das die sächsische Landesregierung soeben vorgelegt hatte, besetzten am 30. Januar Studenten das Leipziger SPD-Büro. Gleichzeitig übergaben sie laut Aussage eines Sprecher des Studentenrates der Universität Leipzig ein Forderungspapier. Die Studierenden verlangen von Wissenschaftsministerin Stange (SPD), den Gesetzesvorschlag zurückzunehmen und sich stattdessen für eine nachhaltige Reform einzusetzen, die die demokratischen Entscheidungsregeln der Universität stärkt. Die SPD-Landtagsabgeordneten werden aufgefordert, gegen den Gesetzentwurf zu stimmen, das den Hochschulen mehr finanzielle Freiheit geben soll, aber gleichzeitig auch Mitbestimmung beschneidet.

Gegen den Gesetzesentwurf wandten sich noch weitere Studentengruppen. So nannte der sozialistisch-demokratische Studierendenverband den Entwurf einen Schlag ins Gesicht jedes demokratischen Studenten.

(siehe auch Seite 7)

LN: In der Nacht vom 27. auf den 28. Januar wurden im Leipziger Stadtgebiet Plakate geklebt auf denen aufgefordert wird, „linken Terror“ aufzudecken. Auf den offensichtlich aus dem Nazispektrum kommenden Plakaten sind Fotos von fünf Jugendlichen zu sehen.

Dazu Juliane Nagel, Landesvorstand DIE LINKE.Sachsen/linXXnet:

Die Plakate, auf denen die Bevölkerung aufgefordert wird, „sich die Gesichter genau“ anzusehen und sich

Naziszene denunziert Linke als „Terroristen“

„quer“ zu stellen, sind Rufmord! Mit der Veröffentlichung der Bilder werden Menschen in Gefahr gebracht, zugleich erleben wir damit eine neue Qualität der Vorgehensweise der rechten Szene in Leipzig. Diese Plakate müssen schnellstens aus dem Stadtbild verschwinden. Jede und jeder ist angehalten, gefundene Plakate anzudecken bzw. zu entfernen.

Zudem ist es an der Zeit, dass sich die städtische Politik zu dem offensichtlich größer werdenden Naziproblem in Leipzig äußert und in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Strukturen Konzepte vorlegt.

Die „Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention“ der Stadt beherrscht das Problem ganz offenbar nicht.

willing aufs Spiel gesetzt.

„Man mag zur Waldschlösschenbrücke stehen, wie man will. Aber gerade der Respekt vor dem Bürgerentscheid hätte es geboten, rechtzeitig alles Erdenkliche zu tun, damit der mehrheitliche Wille der Dresdner Bevölkerung, eine Verkehrsverbindung zwischen den Elbufern zu bekommen und zugleich das Welterbe zu erhalten, umgesetzt werden kann. Die politischen Flurschäden, die Milbradt mit seiner provinziellen Dampfwalzen-Strategie angerichtet hat, lassen sich mit ein bisschen Schminke nicht beseitigen“, so Hahn.

berg lebenden Asylbewerber Lebensmittel aus überbeurten Listen eines einzigen Anbieters aussuchen.

Seit Jahren versuchen Freiburger Bürger an den menschenunwürdigen Zuständen etwas zu ändern und beißen dabei bei den zuständigen Landkreisbehörden auf Granit. Einige Hoffnung setzen sie jetzt in die sächsische Vorsitzende DER LINKEN, MdL Dr. Cornelia Ernst, die am 6. Februar zunächst die Asylbewerberheime in Helbigsdorf und Freiberg besuchte und anschließend mit in der Asylarbeit Engagierten Gespräche führte.

Mit Dampfwalze lässt sich Welterbe nicht bewahren

LN. Gute Diplomatie sehe anders aus, meint der Vorsitzende der sächsischen Linksfraktion André Hahn, zum „veränderten Entwurf“ einer schlankeren Waldschlösschenbrücke, die Milbradts Staatskanzleichef Saguna dieser Tage der Öffentlichkeit vorgestellt hat. Über ein Jahr habe der sächsische Ministerpräsident die UNESCO wie eine fremde Macht behandelt, von der er sich nicht reinreden lasse, und mit seiner Sturheit das Welterbe Dresdner Elbtal mut-

Flüchtlinge menschenwürdig behandeln!

LN. Während Flüchtlinge in anderen deutschen Städten durchaus familienfreundlich in Wohnungen leben und sich mit Bargeld versorgen können, ist der Zustand im sächsischen Freiberg unwürdig. Obwohl die Unterbringung in Wohnungen sogar kostengünstiger ist als die im Heim, hält Freiberg an der Heim-Regelunterbringung fest. Obwohl sogar die Landeshauptstadt Dresden nunmehr Bargeld an die Flüchtlinge ausgibt, müssen sich die im Landkreis Frei-

SPD-Chef betreibt Spiegelfechterei mit „Sachsen-Sumpf“

DIE LINKE sieht sich durch Vorgehen der Dresdner Staatsanwaltschaft bestätigt

LN. „Offenkundig hat sich der Leipziger SPD-Vorsitzende von der schweren Niederlage durch den Bürgerentscheid am 27. Januar 2008 noch nicht erholt“, kommentiert Volker Külow, Vorsitzender des Stadtverbandes Leipzig DIE LINKE, die jüngste Attacke gegen ihn. Gernot Borriss erweise sich aber nicht nur als schlechter Verlierer der Vorwoche, sondern betreibe in geradezu verheerender Unkenntnis des Themas zugleich vehemente Spiegelfechterei: „Das beginnt schon mit dem völlig haltlosen Vorwurf, dass die PDS seinerzeit angeblich das Gesetz über die Organisierte Kriminalität (OK) im Sächsischen Landtag ‚bekämpft‘ habe. Das möglicherweise von ihm gemeinte und von der CDU am 8. April 2002 im Landtag eingebrachte ‚Gesetz zur Änderung des Sächsischen Verfassungsschutzgesetzes‘, durch das die Bekämpfung der OK in die Hände des Landesamtes für Verfassungsschutz gelegt wurde, lehnte die PDS in der Tat aus gravierenden historischen Gründen ab. Das angerufene Sächsische Verfassungsgericht vertrat dieselbe Ansicht und bestätigte die Richtigkeit unserer Position und die Schlüssigkeit unserer Argumente. Die späteren Ereignisse um die insgesamt 15 600 Seiten zum ‚Sachsen-Sumpf‘ rechtfertigen unsere Bedenken, wozu Geheimdienste taugen und wovon sie aus guten Einsichten in die deutsche Geschichte tunlichst die Finger lassen sollten, völlig.“

Külow und auch der Ausschussvorsitzende Klaus Bartl bleiben dabei: Nicht der Aufklärungswille der LINKEN, sondern die Totalblockade von Staatsregierung und Koalitionsmehrheit im Unter-

suchungsausschuss hat bisher dafür gesorgt, dass das Ansehen des Rechtsstaates in Sachsen und in Leipzig schwer beschädigt worden ist, denn: „Wer Akten zurückhält und die Vernehmung von aussagebereiten Zeugen böswillig über Monate hinweg verhindert, trägt die eigentliche Verantwortung für den entstandenen Eindruck vom ‚Sachsen-Sumpf‘. Was den betrifft, so hat DIE LINKE immer klar differenziert, keine haltlosen Verdächtigungen ausgesprochen, sondern Ross und Reiter dort benannt, wo es auf Grund der erdrückenden Faktenlage dringend erforderlich war, weshalb laut Külow der Untersuchungsausschuss zum ‚Sachsen-Sumpf‘ und damit auch die Aufklärung der diversen Merkwürdigkeiten in Leipzig aus gutem Grund weiterhin auf der Tagesordnung bleibe. Er befasse sich nicht mit ‚heißer Luft‘, sondern mit konkreten Vorwürfen, weil die Aktenlage ein teilweise sehr eindeutiges Bild zeichnet. Davon zeugen die dazu inzwischen von der Staatsanwaltschaft Dresden angelegten 30 Vorgänge: 18 Ermittlungsverfahren gegen bekannte Personen, eines gegen Unbekannt, und elf Prüfvorgänge.“

Und auch das schreibt Volker Külow noch ins Stammbuch des Leipziger SPD-Chefs: „Von einem ‚Rückzieher‘ könne bei Klaus Bartl, dem Vorsitzenden des 2. Untersuchungsausschusses, keine Rede sein. Dazu müsse man nur unbefangene die am Freitag veröffentlichte gemeinsame Erklärung von Dr. André Hahn, dem Fraktionsvorsitzenden der Linksfraktion im Sächsischen Landtag, und Klaus Bartl zur Kenntnis nehmen (www.dielinke-in-sachsen.de).“

Rücktrittsforderungen wären albern ...

... über Kommunalpolitik nach dem Bürgerentscheid, über die Niederlage des Stadtoberhauptes, über Ängste in Reudnitz und einen „Sack Flöhe“ im Leipziger Rathaus.



Dr. Ilse Lauter,
Fraktionsvorsitzende
der Linken im Leipziger
Stadtrat im LN-Gespräch ...

Welcher Gedanke kam Ihnen in den Sinn, als Sie erfuhren, dass eine Mehrheit gegen den Teilverkauf der Stadtwerke gestimmt hatte?

Ein guter Tag für die Demokratie.

Sie waren als Fraktionsvorsitzende in vielen Foren und Diskussionen dabei, haben argumentiert, haben zugehört, haben Fragen beantwortet. Was bleibt im Gedächtnis?

Ich habe gespürt, dass sich die Leipziger zunehmend für dieses wichtige Thema interessierten. Natürlich auch im Ergebnis des Wirkens der unermüdeten Initiatoren des Bürgerbegehrens. Vielen wurde klarer, dass kommunales Eigentum ihr Eigentum ist...

... zwar ist der Begriff „Volkeigentum“ inzwischen nicht mehr legitim, aber er schwang vielleicht unterschwellig mit?

„Ich lass mir doch mein Eigentum nicht wegnehmen“, das hörte ich des öfteren. Es entstand ein Gefühl für Eigentum, das man nicht jeden Tag selbst in die Hand nimmt. Diese mehrfach gemachte Beobachtung war neu für mich. Und auf der politischen Seite empfand ich es als erfreulich, dass ich nicht ein einziges Mal angegangen wurde ...

... in welcher Hinsicht?

Na, wir würden schon mit „Ja“ stimmen, aber mit Ihnen, mit den Linken nicht. Das ist mir in den Diskussionen nie passiert.

Was bedeutet dieses letzte Januar-Wochenende für die Politik im Rathaus und für die Stadtratsfraktion der Linken?

Wir werden die kommende Debatte nie so führen, dass die SPD-Fraktion im Rathaus als Feind oder Gegner betrachtet wird. Ich habe immer wieder gesagt, diese Privatisierung ist ein Irrweg. Er hat nun in eine Sackgasse geführt. Wenn jemand auf einem Irrweg ist, dem kann man die Hand reichen ...

Die Linke bietet sie dem OBM an?

Das war eine Überschrift in der LVZ, die mit Überlegungen konkretisiert werden muss. Wir sind uns als Stadtratsfraktion dahingehend einig, es gibt ein kommunales Leben nach dem Bürgerentscheid ...

... ohne Rücktrittsforderungen an Burkhard Jung?

So etwas wäre albern. Es gibt Themen, wo wir zusammenarbeiten können, zusammenarbeiten wollen und zum Wohle der Stadt zusammenarbeiten müssen. Im Unterschied zu anderen Fraktionen kann man sich auf unser Wort verlassen. Wenn wir „nein“ sagen, dann bleibt es dabei und wenn wir „ja“ sagen, dann bleibt es ebenfalls dabei. Der Oberbürgermeister und die SPD-Fraktion wussten seit Herbst 2006, dass es mit uns eine Teilprivatisierung nicht geben wird. Es ist aber solider, mit einem solchen Kräfteverhältnis zu rechnen, als einem Weg zu folgen, wie ihn die CDU Fraktion vorgegeben hat, und der aus meiner Sicht völlig unseriös und abenteuerliche Vorschläge in sich barg.

... manchmal kommt man auch zum Schluss, die CDU-Fraktion will vor allem eins, einen anderen OBM ...

... die Hintergründe sind da noch genauer zu analysieren. Ich kann aber keine Logik erkennen. Der CDU-Fraktion war es stets zu wenig Privatisierung, und sie hat immer gesagt, wir wollen auf der Holding-Ebene privatisieren. Wenn ich in diesem Zusammenhang an das von uns abgelehnte Tracking-Stock-Modell erinnern darf, das ist ja inzwischen auch fallengelassen worden. Dann die Forderung, Verkehrsbetriebe und Wohnungsgesellschaft zu privatisieren. Schließlich war die Privatisierung der Stadtwerke gewollt, aber es störte manches Detail und dann wollte die CDU plötzlich gar keine Privatisierung. Das versteht kaum ein Leipziger.

Wie ist nun der Zeitrahmen von drei Jahren zu verstehen, den dieser Bürgerentscheid vorgibt?

Dass der Stadtrat drei Jahre lang die genannten Unternehmen nicht privatisieren darf, sie sollen zu einhundert Prozent im kommunalen Eigentum verbleiben. Das heißt, dass auch keine Minderheitsanteile dieser Unternehmen verkauft werden dürfen. Nicht berührt davon wird meiner Meinung nach, dass z.B. die Leipziger Wohnungsbaugesellschaft Wohnungen veräußern kann. Die kommunalen Unter-

nehmen können Töchter gründen, sich auch von Vermögen trennen. Aber: die Unternehmen selbst dürfen nicht verkauft werden. Und wenn ich den Oberbürgermeister richtig verstehe, dann hat das für ihn auch Bindung über die drei Jahre hinaus.

In welcher Situation ist Burkhard Jung?

Der Anteilsverkauf wurde verhindert. Eine schwere Niederlage für ihn. Aber jedes Ende ist auch ein Anfang, denn gleichzeitig haben ihn die Bürger davon bewahrt, sich auf die Geleise der CDU-Fraktion als Mehrheitsbeschaffer zu begeben. Ich hoffe, dass der OBM Lehren daraus zieht. Doppelt soviel, als er einst Wählerstimmen bekam, stimmten gegen seine Politik. Jeder verantwortliche Kommunalpolitiker geht da mit sich in Klausur.

Die Haushaltsdebatte hat begonnen. Leipziger stimmten auch für den Anteilsverkauf, damit die Stadt investieren kann. Was nun?

Natürlich müssen jetzt die Verwaltungskonzepte und der Haushalt noch einmal überarbeitet werden. Der Verkaufserlös, der schon in den Haushalt eingebracht worden ist – das hat der OBM zu verantworten – muss korrigiert werden.

Das wird nicht einfach ...

Das Problem ist, dass im Vorfeld gar nicht über Alternativen nachgedacht wurde, weil die Rathausspitze fest davon überzeugt war, dass die Stadtwerkeanteile verkauft werden. Aber ich möchte darauf verweisen, dass sich die Haushaltsituation trotzdem nicht dramatisch verschlechtern muss. An die Haushaltskonsolidierung werden höhere Anforderungen gestellt, um die Altfehlbeträge abzubauen und den Wirkungen des strukturellen Defizits zu begegnen. Dann muss man auch die kurz-, mittel- und langfristigen finanziellen Wirkungen in der LVV selbst betrachten.

Welche Akzente setzt nun die Linksfraktion in diesem Jahr?

Wir haben nach wie vor die berechtigte Forderung nach einem Sozialticket. Dafür sehe ich eine Mehrheit im Stadtparlament. Ein anderes wichtiges Stichwort ist die hohe Arbeitslosigkeit. Wir hatten 2007 eine Sondersitzung zur Arbeitsmarktpolitik durchgesetzt. Auch jetzt werden wir uns darum kümmern, Langzeitarbeitslosigkeit zu mildern, soweit das eine Kommune kann. Nicht zu vergessen der Klimaschutz und die Problematik der Feinstaubemis-

sionen. Da sind von uns Projekte angedacht. Auch die Kommunalwahlen 2009 müssen wir bereits im Blick haben ...

... um politischen Nachwuchs für die Fraktion zu gewinnen?

Das ist nicht leicht. Kommunalpolitik ist ein weites und auch hartes Feld. Sie stößt oft an die Grenzen des Ehrenamtes, wie ich immer wieder spüre. Die manchmal nervende Kleinarbeit ist nichts für Leute, die in der Politik vor allem das Repräsentative sehen. Wer kennt sich denn sofort in Gebührensatzungen, der Abfallproblematik, im Straßenbau oder kulturellen Belangen aus? Aber ich habe große Hoffnungen auf eine gute LINKE-Mannschaft für 2009.

Wieso?

Es gibt im Zusammenhang mit dem Bürgerentscheid ein ge-

Wieso werden solche Demos genehmigt?

Ordnungsbürgermeister Heiko Rosenthal muss sich an die Polizei- und Versammlungsgesetze halten. Und zwar Wort für Wort und Punkt für Punkt, ob ihm das persönlich gefällt oder nicht. Für den 12. 1. kam der Anmeldebegleitet von einem Rechtsanwalt zur Versammlungsbehörde. Alle Auflagen bestätigte er mit Hilfe seines juristischen Beistandes. Wenn die Stadt diese Demo verboten hätte, dann hätte die das Oberverwaltungsgericht genehmigt ...

... es gibt noch weitere widersprüchliche Situationen ...

Ich habe es erlebt wie bei einer öffentlichen Veranstaltung in Reudnitz, wo ich Gast war, plötzlich etliche junge Männer kamen, schwarz gekleidet mit Kapuzen, und das Forum die-



Aufmerksamkeit und Debatten im Stadtteilzentrum Messemagistrale, wo Ilse Lauter kürzlich zu kommunalpolitischen Fragen sprach.

Foto: G. Märker

wachsenes Interesse für Kommunalpolitik. Wolfram Leuze von den „Grünen“-Stadträten sagte mir zwar einmal, dass er mich nicht beneide, meinen Sack Flöhe zu hüten... nur: Ich hätte gern noch ein paar mehr...

... Flöhe?

Ich merke gerade, das Bild ist vielleicht etwas kribbelig, aber ich werde von den Lesern schon richtig verstanden.

Themenwechsel: Es gibt in Reudnitz Verunsicherungen durch zunehmende rechtsradikale Auftritte und Exzesse ...

Bisher konnte man sich darauf vorbereiten, dass mit schöner Regelmäßigkeit Herr Worch kam. So gab es im Vorfeld Bündnisse. Jetzt ist die Situation anders. Es geht nicht mehr um Nazis aus Hamburg, es geht um Kameradschaften aus Leipzig. Sie mobilisieren sehr rasch ihre Leute. Es ist uns noch nicht gelungen, da schnell und nachhaltig zu reagieren. Natürlich waren auch Stadträte von uns vor Ort und haben gegengehalten. Aber der massenhafte, friedliche Protest fehlte.

ses Abends nutzen. Ich spürte ihre Aggressivität, die besonders die älteren Teilnehmer dieser Veranstaltung verunsicherte. Alles war straff organisiert. An einem Punkt der Diskussion standen sie auf ... und am gleichen Abend wurde das Haus in der Holsteinstraße überfallen. Zur Silvesterzeit in Grünau wurden Losungen geschmiert: Deutsches Volk erwache! Da müssen eine Menge Leute zusammen gearbeitet haben. Das war nicht die Tat eines Verirrten.

Jetzt beginnt gleich im Rathaus Ihre Bürgersprechstunde. Was wird vermutlich oben an stehen?

Es überwiegen soziale Fragen. Mitunter wird Rechtsberatung erwartet, die ich natürlich nicht geben kann. Es gibt zunehmend Hinweise zu problematischen Situationen im Wohnumfeld. Und es kommen Leipziger, die sich in den Mechanismen dieser Gesellschaft schwer zurechtfinden. Auch da versuche ich, so gut es geht, zu helfen.

**DAS GESRÄCH FÜHRTE
MICHAEL ZOCK**

Die teuerste Röhre der Welt?

Die Linksfraktion stellte erneut im Dresdner Landtag unbequeme Fragen zur Leipziger Unterwelt

Wenn unsere Vorfahren, besonders die Vorfahren unserer – uns lieb und teuren – Leipziger vor 100 Jahren den City-Tunnel nicht nur angefangen, sondern zu Ende gebaut hätten, wäre der Linksfraktion die Gelegenheit entgangen, heute die entstandenen Mehrkosten parteipolitisch zu nutzen.“ So war es aus den Reihen der CDU-Landtagsfraktion während der Debatte um die explodierenden City-Tunnel-Kosten zu vernehmen. Der Vorsitzende des Arbeitskreises „Wirtschaft, Arbeit und Verkehr“ Prof. Gunter Bolick argumentierte dabei mit „hätte“ und „wenn“ und vergaß natürlich, dass viele Leipziger nur noch die Köpfe über die wohl teuerste Röhre der Welt schütteln.

Wer hier – und das weiß die LINKE sehr genau – parteipolitisch argumentieren würde, der redet über die Köpfe der Bürger hinweg. Die reden zum Beispiel im Leipziger Südraum schon längst darüber, dass wohl nach Fertigstellung traditionsreiche Straßenbahnlinien eingestellt werden, dass dann wieder Busse in Richtung Markkleeberg teures Bezin verbrauchen werden. Doch das ist noch Zukunftsmusik. Es gibt jedoch weitere, sich bereits jetzt andeutende, Missklänge.

Mit einem strahlenden Lächeln verkündete die Tunnelpatin, die Ehefrau des sächsischen Ministerpräsidenten, am Beginn der Bohrungen im Januar 2007 in der Grube unter dem Bayerischen Bahnhof, „das Barbarafest, den Festtag der Bergleute und Mineure, wolle sie mit den Arbeitern Anfang Dezember am Ende der Röhre am Hauptbahnhof feiern.“ Niemand widersprach der Patin, weil sich das ja wohl protokollarisch nicht gehört. Jetzt haben wir Ende Januar 2008, doch die Vortriebsmaschine dämmert bekanntlich am Markt vor sich hin.

Landtagsabgeordneter Volker Külow hakte deshalb am 24. Januar im Parla-

ment nach. „Grob gerechnet, besagte der überarbeitete Bauplan doch immer: 2007 erste Röhre, 2008 zweite Röhre, 2009 technische Ausstattung, 2010 Abnahme und Probetrieb, Ende 2011 Inbetriebnahme. Wo stehen wir aber eigentlich jetzt? Wie groß ist die Verzögerung? Und das Wichtigste: Wann kann der City-Tunnel wirklich in Betrieb genommen wer-



Die Maschine fräst und fräst und fräst... und frisst dabei immer mehr Geld...
Wer zahlt drauf? Wer profitiert davon?

Foto.Eiltzer

den?

Wenn es eng wird mit den Erläuterungen, verlegt sich die Staatsregierung ja gern darauf, den Nutzen des City-Tunnels mit dem aufgemöbelten mitteleuropäischen S-Bahn-System zu begründen. Wir möchten über den angepeilten Inbetriebnahmetermin hinaus genau wissen, welche geplanten Fahrgastzahlen aktuell sind. Minister Jurk sagte im September 2006 vor diesem Hause, dass wir davon ausgehen dürfen, dass nach Inbetriebnahme aller S-Bahn-

Linien durch den Tunnel der City-Tunnel voll ausgelastet sein wird.“ Noch einige Fakten für den Leser: 80.000 Fahrgäste pro Tag auf dem Streckenabschnitt Markt - Hauptbahnhof finden sich in den Planungen. Vor über drei Jahren, als die modernisierte S-Bahn zwischen Leipzig und Halle in Betrieb ging, sagten die Planer voraus, mindestens 20.000 Fahrgäste

eine Riesenkraftanstrengung, mit mehreren Platten vorübergehend den Markt zu schließen. Es war doch alles nicht geplant. Die Glaubwürdigkeit der Bauherren – und der Bauherrenvertreter ist nun einmal die Staatsregierung, sie hat sich ja selber dazu ernannt –, ist erschüttert. Die Kostenentwicklung war von Anfang an unseriös.“

Dass zu Ende gebaut werden muss steht heute auch für die Linksfraktion außer Zweifel. Die Summen bewegen sich allerdings in Regionen, wo der Verstand des normalen Sterblichen aussetzt. Inzwischen wabern Gerüchte, dass alle sich an den Mehrkosten beteiligen müssten. Pellmann in Dresden dazu: „Ich sage hier in aller Verantwortung auch als Leipziger Stadtrat, das wird meinen erbitterten Widerstand finden.“

Fazit: Entweder können Verantwortliche, die exakt haushalten und kontrollieren müssen, nicht mit Geld umgehen oder sie werden von den Baukonzernen genasführt. Weder die eine noch die andere Vorstellung wirkt auf den Bürger beruhigend. Niemand, das gilt für alle Fraktionen, hätte vor Jahren diesem Großprojekt zugestimmt, wenn die durch OBM Tiefensee ausgehandelten Verträge so löchrig sind, dass wir nun alle sehr viel draufzahlen sollen oder müssen.

572 Millionen Euro sollte der City-Tunnel kosten, als das Kernstück des Projekts, die Doppelröhre, geplant war. 645 Millionen Euro wurden angedroht, als die Tunnelbohrmaschine endlich in Leipzig angekommen war, aber noch keinen Meter gebohrt hatte. 705 Millionen Euro sind es seit Dezember 2007, als die Maschine wenigstens schon einen runden Kilometer Röhre geschafft hatte.

Wer soll das bezahlen? Nachfragen tut Not.

• JOACHIM MICHAEL

Gedenkstele in Taucha

Seit 1964 erinnert ein Mahnmal in Taucha daran, dass auch dort während der Nazizeit Tausende Fremdarbeiter, KZ-Häftlinge und Kriegsgefangene in der Rüstungsproduktion ausgebeutet wurden. Gleich neben dem Mahnmal wurde nun am 27. Januar, dem Gedenktag der NS-Opfer, mit zwei neuen Stelen aus Edelstahl an die Verbrechen erinnert. Rund 80 alte und junge Tauchaer fanden sich ein, darunter viele Gymnasiasten, Stadträte sowie Vertreter der nicht im Stadtrat sitzenden FDP. Auch Landrat Michael Czupalla (CDU) kam. Bürgermeister Holger Schirmbeck hob hervor, dass Taucha in der Region einen der höchsten Anteile mit mehr als 5.000 Zwangsarbeitern hatte. In mehr als zwei Dutzend Lagern hausten Menschen aus Polen, der Sowjetunion, Holland, Frankreich, Italien, Dänemark, Kroatien und Serbien, die in der faschistischen Kriegsproduktion schufteten mussten. Auch über 700 sowjetische, amerikanische, französische und britische Kriegsgefangene und 2.200 KZ-Häftlingen jüdischer Abstammung sowie Sinti und Roma gehörten zu den Lagerinsassen. In der Zeit des Faschismus existierten in und um Taucha zahlreiche Betriebe, die für die Kriegsproduktion der deutschen

Wehrmacht sehr bedeutsam waren – vor allem die Erla-Werke, die HASAG sowie die Mitteldeutschen Motorenwerke, die Antriebe für Panzer und Flugzeuge lieferten.

Zwar befanden sich in Taucha keine Vernichtungslager; dennoch wurden die Fremdarbeiter so ausgebeutet, dass mehrere Dutzend starben – ebenso etwa 20 in den Lagern geborene Kinder.

Namens des Stadtrats sprach Jürgen Ullrich (Die LINKE.), der erzählte, wie er bei einem Besuch in Dachau feststellen musste, dass Taucha auf einer Europakarte der faschistischen Lager als Konzentrationspunkt für Zwangsarbeitslager gekennzeichnet war. Er erwähnte Beispiele stiller Solidarität der Bürger, die nicht vom Hörensagen sondern aus Polizeiprotokollen bekannt sind, von denen, die den Zwangsarbeitern Fallobst oder Kartoffelschalen brachten und denunziert wurden. Dabei wies er auch darauf hin, dass seit 1990 durch rechte Gewalttäter weit über 100 Menschen in Deutschland starben. Unter zunehmenden postfaschistischen Aktivitäten in einigen Regionen Sachsens litten leider auch Delitzsch und Eilenburg.

• PETER POLIS

Stadtratssplitter

Schulverwaltungsamt im Wahrner Rathaus

Der Stadtrat bestätigte Planung und Finanzen der abschnittswisen Sanierung des vor über 100 Jahren gebauten Wahrner Rathauses...

Nach Abschluss der ersten Bauetappe zieht das Schulverwaltungsamt aus dem angemieteten ehemaligen Stadtbezirksrathaus West in der Rietschelstraße um. Dieses Gebäude ist kein städtisches Eigentum.

Neue Ansiedlung neben BMW

Das Unternehmen Future Electronics, wird sein europäisches Vertriebszentrum für Bauelemente der Computerbranche und der Automobilindustrie in Nachbarschaft des neuen BMW-Montagewerks auf einer bereits als Gewerbegebiet in Plaußig ausgewiesenen Fläche errichten. Autobahnbindung, Bahnanschluss und Flughafennähe wirkten befördernd.

Nachnutzung ehemaliges Rittergut

Auf dem Gelände in Möckern an der Slevogtstraße wird ein Forschungsinstitut angesiedelt. Wegen der sensiblen Nähe eines Landschaftsschutzgebietes ist ein förmliches Bebauungsplanverfahren notwendig.

Statistik

Die Busse und Bahnen in Richtung Arbeitsagentur waren im Januar wieder überdurchschnittlich stark besetzt. In Zahlen ausgedrückt 11.928 gegenüber 9.128 im Dezember. Hinter der Quote 15,8 Prozent stehen 62.769 Menschen ohne Arbeit. Eine Verminderung um zehn Prozent zum Vorjahr.

„Die Entwicklung sei typisch für diese Jahreszeit“ – äußerte sich Agenturchef Steinherr – „das betreffe alle Beschäftigungsgruppen.“

Im Vergleich der sächsischen Agenturen steht Leipzig vor Oschatz und Schluslicht Bautzen. Enttäuschend wie in den Vormonaten der geringe Zugang an offenen Stellen trotz guter Wirtschaftsdaten und offensichtlichem Arbeitskräftebedarf.

Die Zahl der arbeitslosen ALG II Empfänger stieg um 703 auf 321.57 in der Stadt. Nicht ganz unwichtig auch der Fakt, die Mitarbeiter der ARGE-Widerspruchsstelle um acht Juristen aufzustocken – sie werden garantiert genug Arbeit haben.

Für jobsuchende Jugendliche gibt es während der Schulferien eine „Woche der offenen Unternehmen“.

• JOACHIM SPITZNER

Drei Tage Aufenthalt

Zwischen Erschütterung und Repräsentation und verwaltungstechnischem Versagen

Es ging – mehr oder meist weniger – durch die Medien, dass die Deutsche Bahn AG sich weigert, das Gedenken an die Opfer der „Reichsbahn“-Deportationen im „Zug der Erinnerung“ finanziell zu unterstützen. Ja, sie verlangt von den Organisatoren der Zugausstellung sogar Trassengebühren und erhebliche Standgelder in Höhe von rund 50 000 Euro. Und das, nachdem sich die Bahn über eine unerträgliche lange Zeit geweigert hatte, die von Serge und Beate Klarsfeld (Paris) ursprünglich zusammengestellte Ausstellung – die in Frankreich in 18 großen Bahnhöfen gezeigt worden war – überhaupt zuzulassen. Eine Schande, die Bahnchef Mehdorn aber offenbar nicht im geringsten anfecht. Mehr noch, die Bahn AG entzieht sich konsequent einer umfassenden Auseinandersetzung mit den Massenverbrechen ihres NS-Vorgängerunternehmens, das riesige Profite mit den Todesfahrten machte. Erst recht leugnet sie historische Kontinuitäten. Trotz aller Behinderungen des Bahnvorstandes machten es jedoch nicht zuletzt auch internationale Proteste möglich, dass der „Zug der Erinnerung“ gegenwärtig in über 40

deutsche Bahnhöfe fährt und in seiner mobilen Ausstellung auch auf die ungetilgte Schuld der Reichsbahn hinweist. Auch darauf, dass die kriminellen Transportspezialisten vom deutschen Staat bis in die 1990er Jahre geehrt wurden. Beispielsweise pflegte die Bundesrepublik mit Steuermitteln das Grab von Julius Dormmüller, der die Massen-deportationen als NS-Verkehrsminister deckte. Für den Zug der Erinnerung konnten anfangs laut Minister Tiefensee aus verwaltungstechnischen Gründen keine Steuermittel bereit gestellt werden. Inzwischen wurden die Initiatoren der Ausstellung mit 15 000 Euro beschieden. Ein peinliches Almosen, wenn man bedenkt, dass das Ministerium bis heute die Akten seines NS-Vorgängers Reichsverkehrsministerium verwaltet und damit in unmittelbarer Verantwortung für die Aufhellung der Deportationsverbrechen steht. Aber die bewusste Auslassung der Nachkriegskontinuitäten ist ja nichts Neues für die BRD. Und was Dormmüller betrifft, nach ihm benannte die Bundesbahn bis in die 1980er Jahre Versammlungssäle auf westdeutschen Bahnhöfen. Andere schwer belastete Reichsbahn-Logistiker wurden

ziemlich nahtlos zu Leitern der Bundesbahndirektionen. Wie überall, wo der Mahn- und Gedenkzug auf seinem Weg durch 40 deutsche Bahnhöfe halt macht, nutzten auch in Leipzig zahlreiche Politiker die Gelegenheit, sich zu präsentieren. Oberbürgermeister Jung allerdings reihte sich – hoffentlich hatte das nichts mit dem Mehdorn- und Tiefensee-Boykott zu tun – nicht in den betroffenen schweigenden Strom der Leipziger ein, als der „Zug der Erinnerung“ am 29. Januar für drei Tage in Leipzig eintraf. An sämtlichen Bahnhöfen zu stoppen, über die Millionen Deportierte geschleust wurden, würde Jahre dauern. Fast sämtliche deutschen Bahngleise waren in das Deportationsgeschehen einbezogen. Die europaweite Logistik der Verschleppung und Vernichtung hätte ohne die Reichsbahn nicht funktionieren können. Wie Fotodokumente aus mehreren deutschen Städten beweisen, fanden die Deportationen oft am helllichten Tag und auf den Nachbargleisen des alltäglichen Zugverkehrs statt. Übrigens: Über eine Konzern-Tochter betätigt sich die Bahn AG schon wieder als Kriegs-Logistiker, wie foreign-policy.com mitteilt. • WART



Viele Besucher tragen sich in das Gästebuch ein.



Besucher und Fotodokument „Eine Reise von Leipzig-Engelsdorf in den Tod“
Fotos: Eiltzer

Amtsgericht Leipzig. 8. Januar 2007. Saal 257. 8.55 Uhr. Zwei Justizbeamte betreten den Raum und beziehen Stellung, einer auf der linken, der andere auf der rechten Seite vor den Zuhörerbänken. Hier soll in den nächsten Stunden gegen den Bürger Falk Elstermann – vielen bekannt als Geschäftsführer des Kultur- und Kommunikationszentrum naTo in der Karl-Liebknecht-Straße – verhandelt werden. Vorwurf: Verstoß gegen das Versammlungsgesetz. – Wer weiß, was da für ein Publikum erscheint ...

Um zu verstehen, warum es in diesem Verfahren geht, müssen wir gute zweieinhalb Jahre zurückblenden zum 1. Mai 2005. Der Neonazi Worch hatte erneut eine Demonstration angemeldet, diesmal mit dem Ziel Connewitz. Wie schon zuvor, hatte sich ein Bündnis gegen den Naziaufmarsch gebildet, dem auch der DGB angehörte. Als nach Stunden des Widerstandes der Naziaufmarsch mit schlagkräftiger Hilfe der Polizei dennoch bis zum Augustusplatz vordrang, riefen die Veranstalter der Kundgebung ihre Teilnehmer zur Sitzblockade auf jenem Straßenteil des Ringes auf, der zum Kundgebungsplatz gehörte. Falk Elstermann war einer der Ordner. Mit Hilfe eines Megaphons verbreitete er diese Aufforderung unter den Kundgebungsteilnehmern. Dass die Sitzblockade sich in der Folge nicht nur über die Hälfte der Straße erstreckte, wen wundert das? Hunderte, vor allem jugendliche Gegedemonstranten ließen sich auch auf jenen Teil der Fahrbahn nieder, auf dem die polizeilich geschützten Braunen sich näherten. Sie bekamen bald die Instru-

Verfahren eingestellt – doch gezahlt muss werden

mente der Staatsmacht zu spüren – Knüppel, Pfefferspray und Wasserwerfer. Die per Megaphon verbreitete Aufforderung des Ordners Falk Elstermann hörte auch Zugführer Vogel von der Beweissicherungs- und Festnahme-Einheit der Bereitschaftspolizei. Und so schickte er seine Leute los, die Identität des Megaphonsprechers festzustellen. So geschah es dann, zugleich erhielt Falk Elstermann einen Platzverweis, und das Megaphon

Staatsanwalt Carsten Ruge verstaubt seinen Talar im Rucksack und macht sich mit lächelndem Gesicht auf den Weg zum Rapport – stand die Anklage auch auf wackeligen Beinen, ganz so billig hat er den Linken dann doch nicht davon kommen lassen.

wurde ihm abgenommen. (En passant – das Megaphon ist bis heute nicht zurückgegeben worden. Bei der Polizei will niemand wissen, wo es geblieben ist.) Auf die Frage von Richter Gerold Pisecky, ob dem Angeklagten eine Begründung für die Identitätsfeststellung gegeben worden sei, konnte er nur mit nein antworten. Das Ergebnis dieser willkürlichen Maß-

nahme der Polizei war, dass Falk Elstermann wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz einen Strafbefehl über mehr als 2000 Euro erhielt. Verständlich, dass der so bestrafte und sich keiner Schuld Bewusste, Einspruch einlegte. Mit der Folge, das es nun zur mündlichen Verhandlung kam, in der Staatsanwalt Carsten Ruge den Beschuldigten des Verstoßes gegen § 21 des Versammlungsgesetzes anklagte: „Wer in der Absicht, nicht verbotene Versammlungen oder Aufzüge zu verhindern oder zu sprengen oder sonst ihre Durchführung zu vereiteln, Gewalttätigkeiten vornimmt oder androht oder grobe Störungen verursacht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.“ Hatte Falk Elstermann mit seiner Aufforderung zur Sitzblockade auf dem Straßenteil, der zur DGB-Kundgebungsfläche gehörte, eine Gewalttätigkeit vorgenommen oder angedroht oder eine grobe Störung verursacht? Schon bei der Beweisaufnahme wurde deutlich, dass da-



Justitia, selbst enthauptet?

were keine Rede sein konnte. Es hätte schon eine gehörige Portion staatsanwaltschaftliche Chuzpe zugehört, aus der Aussage des als Zeugen vornommenen Zugführers Vogel einen solchen Tatbestand zu konstruieren. Das dümmerte offensichtlich auch sehr bald der Richter. Und so verschwand sie mit Staatsanwalt und Verteidiger Igor Münter, um rückkehrend den Vorschlag zu unterbreiten, dass Verfahren gegen eine Geldbuße von 1000 Euro zu Gunsten der Leipziger Tafel einzustellen.

Welche Alternative blieb dem Angeklagten? Ablehnen, auf Freispruch bestehen? Da hätte wohl die Staatsanwaltschaft nicht mitgespielt. Drohte Staatsanwalt Ruge doch schon in der Verhandlung an, dass es auch möglich wäre, die Anklage auf Anstiftung zur Nötigung zu erweitern. Die in einem solchen Fall möglichen Folgen für den Angeklagten waren für ihn schwer abschätzbar. So entschied sich Falk Elstermann notgedrungen, dem richterlichen Vorschlag zuzustimmen.

Die beiden Justizwachtmeister verlassen den Saal, sie brauchten nicht in Aktion zu treten. Das zahlreiche solidarische Publikum hat die Entscheidung wohl mit verwundertem Staunen zur Kenntnis genommen, doch sich gesittet verhalten. Staatsanwalt Carsten Ruge verstaubt seinen Talar im Rucksack und macht sich mit lächelndem Gesicht auf den Weg zum Rapport – stand die Anklage auch auf wackeligen Beinen, ganz so billig hat er den Linken dann doch nicht davon kommen lassen. Immerhin, immerhin ...

• EDMUND SCHULZ

Nun ist das Ei also an das Licht der Welt gebracht worden. Mit einem ungeheuren Kraftakt der sächsischen Koalition. Zwar meint der Volksmund „was lange währt, wird gut“. Er ist jedoch bezüglich der Eier, die die sächsische Staatsregierung so legt, wahrscheinlich kein guter Ratgeber. Seine Weisheit wird auf den Entwurf für ein sächsisches Hochschulgesetz mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nämlich nicht zutreffen. Wer die Henne kennt – hier die SPD-Fraktion mit ihrer Hochschulministerin Stange – und wer den Hahn kennt – der ist hier Milbradt und kein anderer – weiß, was hier zum Ausbrüten freigegeben ist.

Zwei Eier zur gleichen Sache waren ja schon gelegt auf dem Hühnerhof mit strenger Hackordnung, den manche auch Sächsischen Landtag nennen. Der Gesetzentwurf der Grünen und der der Linken. Sie fanden, so frisch sie auch waren und so hoffnungsvoll die darin verborgenen Kücken schienen, keine Gnade vor den Fraktionen CDU und SPD. Das Ausbrüten wurde verwehrt. Jetzt kommt das eigene Ei. Es ist wohl ein Ei ganz neuen Typs, auszubrüten zur Fortsetzung der negativen Seiten des Bologna-Prozesses mit sächsischen Mitteln. Die Sachwalter dieses Prozesses behaupten, die Universitäten und Hochschulen müssten europäisiert werden. Darüber ließe sich schon herrlich streiten, denn wer nur ein wenig von den Hochschulen versteht, weiß, dass es kaum eine ältere europäische Erfindung gibt als die Universitäten; die Hochschulen wurden ihnen dann weitgehend nachgebaut. Da kam den Heutigen schon das Mittelalter zuvor. Modern bis heute waren die Universitäten insbesondere als Gemeinschaften von Lehrenden und Lernenden, als Institutionen, begründet in der Einheit von Lehre und Forschung. Das brauchte Humboldt nur zu betonen und auszubauen, nicht erst zu ersinnen. Es war kein Problem, von Universität zu Universität zu ziehen, nicht für die Lehrenden und nicht für die Studierenden. Sogar die Sprache war einheitlich: Latein. Letzteres wäre heute das geringste Problem, Englisch hat – ob uns das gefällt oder nicht – die Rolle von Latein eingenommen. Was sich verändert hat, sind die Stellung der Studierenden und ihre Ansprüche mit dem Aufkommen

der Massenuniversität. Insofern kann ich dem Bologna-Prozess folgen. Er strafft das Studium und macht die im Laufe der Jahrhunderte auseinander gedrifteten Abschlüsse wieder vergleichbar. Es vollzieht sich hier sozusagen eine Re-Europäisierung im Sinne der Mehrheit der Studierenden, die zumindest europaweit freizügig sein wollen, aber auch im Sinne der Wirtschaft, die zumindest europaweit auf Akademiker und Akademike-

nen sich für ihre Belange gerade noch und quasi gewerkschaftlich organisieren, wegen Semesterticket, Mensaeessen und so. Ähnliches gilt für das akademische Personal. Es soll arbeiten und damit nicht nur für sich selbst, sondern auch für die Universität oder Hochschule Geld verdienen. Für die Leitung reicht der Chef. Wozu braucht man also z. B. ein Konzil? Es wird also abgeschafft. Was und wer für die Universität oder Hochschule gut ist,

sche, eine Medizinische und eine Kunstuniversität. Da hat sich die Effektivitätskatze wohl kräftig in den Schwanz gebissen.

Letzteres wäre ja noch zu ertragen, aber vor die Hunde kommt über kurz oder lang die Freiheit der Wissenschaften. Was Geld bringt – durchaus der Universität und den Studierenden – wird gefördert, was die Gesellschaft braucht, kann da schon auf der Strecke bleiben, beispielsweise und vor allem die Geisteswissenschaften. Gerade die Geisteswissenschaften sind aber jene Disziplinen, bei denen sich die Fähigkeit der Gesellschaft zur Selbstkritik entwickeln soll. Was mit Gesellschaften passiert, denen dies verloren geht, haben alle totalitären Versuche gezeigt, die sich die Geisteswissenschaften zur Magd der Politik gemacht haben. Es wird daraus nichts Besseres, wenn der Dienstgeber der Magd die Wirtschaft ist.

Da soll doch der Gockel seine Eier selber legen

Gedanken zum Hochschulgesetzentwurf der sächsischen Koalition



entscheid schnell, effektiv und einträglich ein kleines Team, das Rektorskollegium. Wie viel die Leistungen wert sind auch. Also wird das Tarifrrecht den Hochschulen übertragen. Der Staat zieht sich zurück. Er zieht sich freiwillig mit dieser Lösung zurück

rinnen mit etwa gleichem bzw. schnell vergleichbarem zugreifen will.

Und jetzt sind wir beim Gelben vom Ei unserer Staatsregierung. Die Hochschulen und ihre Absolventen haben der Wirtschaft zu dienen und in der Wirtschaft ist nach Georg Milbradt bekanntlich kein Platz für Demokratie. Wirtschaft braucht auch keine Bildung, sondern Ausbildung, zur Not auch Weiterbildung und deshalb Schluss mit dem 68-er Firlefanz der Gruppenuniversität und demokratischen Selbstverwaltung. Studierende sollen Lernen und nicht versuchen, Einfluss zu nehmen auf die Geschicke der Universität. Sie kön-

aus seiner Verantwortung für eine gleichmäßige und gesellschaftlich sinnvolle Entwicklung der Universitäts- und Hochschullandschaft sowie der inneren Struktur der Universitäten und Hochschulen. Die Folgen sind abzusehen und z. B. in Österreich schon anzusehen. Die Universitäten und Hochschulen bekommen allesamt fachlich Schlagseite, je nach Profilierungsvorstellungen der Rektorate. Im Konfliktfall um die Schwerpunktsetzung entstehen reiche Abteilungen und Aschenputtelküchen. Eskaliert die Sache, gibt es Abspaltungen. Graz, eine Stadt mit knapp 250.000 Einwohnern hat so z.B. plötzlich vier Universitäten, eine sagen wir mal klassische, aber ohne Medizin, eine Techni-

Nein, das Ei ist faul, das uns da ins Nest gelegt wurde. Wir brauchen demokratisierte Universitäten, in denen die Ansprüche der Gesellschaft, die Probleme ihrer Entwicklung genau so zur Sprache kommen und sich durchsetzen können wie die Interessen der einzelnen Gruppen und ihre Sichtweisen auf Zukunft. Wir brauchen kritische Universitäten, weil das Wesen aller Wissenschaft die Kritik am vorhandenen Wissen über Natur, Mensch und Gesellschaft ist und nicht oder jedenfalls nicht vordergründig ihr möglichst aktuelles Profitpotential für Wirtschaft. Universitäten und Hochschulen haben zuvörderst einen humanistischen Auftrag und keinen ökonomischen. Ökonomisch wertvoll können sie nur werden, wenn sie die humanistische Grundlegung nicht außer Acht lassen. Staatsministerin Stange sei eingestanden, dass sie sich noch darum bemühte. Dem Gockel war das nicht recht. Konkurrenten hackte er weg. Prof. Weiss zog deshalb die Konsequenzen und legte sein Amt als Fraktionsvorsitzender der SPD nieder. Die Hennen aber, wie es aussieht, haben klein beigegeben. Sie begnügen sich mit dem Eierlegen. Wie die Kücken werden, ist ihnen offensichtlich einerlei. Besser wäre gewesen, die Hühner hätten sich verweigert.

• PETER PORSCH

23. Januar

Dresden: Der Landtag hat die im November beschlossene Erhöhung der Pensionsansprüche für Fraktionschefs, Parlamentarische Geschäftsführer sowie ehemalige Funktionsträger zurückgenommen. Das entsprechende Gesetz wurde mit großer Mehrheit geändert. Die davon betroffenen 13 ehemaligen Abgeordneten erhalten aus Rechtsgründen für eine Übergangszeit von Dezember 2007 bis Februar 2008 die erhöhte Summe.

25. Januar

Zwickau: Bald sollen wieder Autos vom Typ Trabant über die Straßen rollen. Von der Karosseriebaufirma IndiKar in Wilkau-Haßlau bei Zwickau wird derzeit ein neuer Trabi-Prototyp entwickelt. Nach Angaben des Geschäftsführers soll das Fahrzeug auf der Internationalen Automobilausstellung in Frankfurt/Main 2009 präsentiert werden.

Lengsfeld: Im Vogtland haben Unbekannte erneut ein Auto gesprengt. Polizisten entdeckten den zerstörten Wagen in einem Wald zwischen Reichenbach und Lengsfeld. Das Fahrzeug galt seit De-

zember 2007 als gestohlen. Erst Anfang Januar war in Lengsfeld ein Auto in die Luft gesprengt worden.

27. Januar

Leipzig: Der Stadtumbau in Sachsen ist von Fachleuten heftig kritisiert worden. So riefen u.a. die Initiative für einen behutsamen Stadtumbau und der Verein Haus und Grund in einem offenen Brief an Ministerpräsident Milbradt das Land zu einer Kurskorrektur auf. Wenn das nicht geschehe, würden Sachsen und seine Kommunen vor einem Kultur- und Gesichtsverlust großen Ausmaßes stehen.

28. Januar

Dresden: Sachsen gibt bis 2013 rund 100 Mio. Euro für den Erhalt der biologischen Artenvielfalt aus. Das teilte das Umweltministerium mit. Sachsen hat 270 Schutzgebiete. Besonderer Schutz gilt

seltenen Tier- und Pflanzenarten wie Mopsfledermaus und Rotbauchkunne.

30. Januar

Dresden: Sachsens Ärzte engagieren sich gegen die vorgezogene Einführung der elektronischen Gesundheitskarte. Ihre Vertretungen bemängeln, dass die Einführung der Technik in Sachsen besonders schwierig sei, da Patienten und Ärzte überdurchschnittlich alt seien und viele Mediziner noch ohne Computer abrechneten.

31. Januar

Zwickau: Der Bau des B 93-Tunnels wird viel teurer als geplant. Die Mehrkosten werden auf 4,3 Mio. Euro beziffert. Ursachen sind unerwartete Kosten für Grundwasserreinigung, nicht wiederverwertbares Bodenmaterial und höhere Stahlpreise.

SACHSEN-CHRONIK

(23. Januar bis 4. Februar)

Dresden: Sachsens Umweltminister Wöller ist wegen der nicht ordnungsgemäßen Entsorgung der Müllimporte aus Italien heftig kritisiert worden. Die Deutsche Umwelthilfe verwies auf Fotos, auf denen defekte Müllballen in einem sächsischen Zwischenlager zu sehen sind.

1. Februar

Kamenz: Unter dem Titel „Die Erde knallt“ ist im Museum der Westlausitz eine neue Sonderausstellung eröffnet worden. Die Schau will, auch mit multimedialen Mitteln, einen Überblick über den Vulkanismus in Sachsen geben.

3. Februar

Dresden: Das „Grüne Gewölbe“ ist nach Ende der Wartungsarbeiten seit Sonnabend wieder für Besucher geöffnet. Seit seiner Wiedereröffnung im Jahr 2006 wurden 320.000 Besucher bis Ende Dezember 2007 gezählt.

4. Februar

Dresden: Zwei Mitarbeiter der UNESCO wollen heute in Dresden die veränderten Pläne für die Waldschlösschenbrücke prüfen. Die Stadt hofft, mit der leicht veränderten Variante den Streit zu beenden.

Ach – die Russen, die Russen! Weiß der Teufel, ob man je aus ihnen klug wird.“ Der so etwas sagt, kann eigentlich nur ein Russe sein. Der Ton und die Melodie stimmen. Doch spricht ein Russe so über seine Landsleute?

Wie sind sie denn – die Russen? Warmherzig, gastfreundlich, opferbereit, leidenschaftlich, tief sinnig, seelenvoll? Tief schürfendes über die russische Seele kann man bei Tolstoi, Tschechow, Dostojewski, Puschkin oder auch Gorki nachlesen. Im Denken vieler Menschen überwiegen dennoch bis heute auch negative Klischees: Russen wären grob, tranken Wodka, klauten Autos, liebten Bratwurst; Russinnen wären anspruchslos, übertrieben fürsorglich und wollten geheiratet werden.

In Deutschland leben nach Schätzungen von 3sat drei Millionen russischsprachige Menschen. 150 000 davon, so Tatjana Forner vom „Club Dialog“ in Berlin, allein in der Hauptstadt. Die meisten von ihnen sind erst nach der Wende gekommen und sind durchaus motiviert, sich in Deutschland zu integrieren, aber Arbeitslosigkeit, Bürokratie, Sprachprobleme, Intoleranz im Umfeld führten bei vor allem jungen Russen zu sozialer Isolation und Gefährdung.

In Ostdeutschland hat man, historisch bedingt, vielseitige Erfahrungen im Umgang mit den Russen.

Die Älteren unter uns erinnern sich – der Begriff „Russen“ war im offiziellen Sprachgebrauch der DDR aus nachvollziehbaren Gründen nicht üblich. Man empfand sogar Unbehagen oder glaubte unredlich zu sein, wenn er einem, weil scheinbar keine andere Wahl, doch einmal herausrutschte. Stattdessen dominierte in den Medien, in der Volksbildung usw. der Begriff Sowjetbürger, was formal ja auch richtig war. Die seltenere Bezeichnung Sowjetmensch, eine moralische Überhöhung, beschränkte sich im wesentlichen auf die Literatur. Im umgangssprachlichen Gebrauch, vor allem in der SED und in den bewaffneten Organen überwog der auch offiziell geförderte Begriff „Freunde“, ein Kürzel für „sowjetische Freunde“.

Auch heute noch geht manchem das Wort „Russen“ nur schwer über die Lippen, obwohl es ja nur die Bezeichnung der Menschen ist, die auf russischem Territorium leben. Zu der in der Vergangenheit durch die faschistische und später bürgerliche Propaganda erfolgten bewussten Dämonisierung und Diffamierung der Russen kommen heute neue Akzente hinzu, die in der Wahrnehmung vieler Menschen dazu geführt haben, dass das Wort „Russen“ zunehmend negativ besetzt ist. Über die sogenannte Russen-Mafia gibt es inzwischen nicht nur Presseartikel, sondern auch Bücher, z. B. von Jürgen Roth. Erlebnisse und Erkenntnisse im Zusammenhang mit der Kriminalität und Korruption in Russland, aber auch eine entsprechend tendenziöse und sensationlüsterne Berichterstattung durch manche Medien haben ihre Wirkung. *Bild* titelte schon im ersten Jahr nach der „Wende“ in Riesenlettern, dass Russen-Krähen deutsche Saat aufressen. Neue Vorurteile werden aufgebaut, alte Denkschemata erweisen sich als zählebiger. Beim 3. Deutsch-Russischem Jugendparlament in Wiesbaden im Oktober 2007, paritätisch besetzt mit je 25 Delegierten, war der anfänglich hochgelobte Geruch von Demokratie schnell verfliegen. Die Diskussion über Pressefreiheit führte fast zum Eklat, weil die russische Seite die

Handhabung in Deutschland als bedenklich ablehnte. Eine Rundfunkjournalistin berichtete vor kurzem empört, dass unter Schülern und Jugendlichen „Russe“ zunehmend als Schimpfwort gebraucht wird. Die älteren, früher mit der Sowjetunion fest verbundenen Menschen, beobachteten die Entwicklung in Russland nach 1990 mit besonderer Sensibilität. Vieles, was sie nach der Wende aus dem früher sorgsam abgeschirmten Land erfahren mussten, löste Verwirrung aber auch Trauer aus. Heute fühlt man mit den einfachen Russen mit, weil sich ihre Lebensbedingungen nach dem Ende der Sowjetunion zuneh-

Manfred Bols

Die Russen



Klar, so kann man sie auch fotografieren, die Russen in Deutschland. Wer sich allerdings die Mühe macht, in diversen Internetsuchmaschinen das Wort „Russen“ einzugeben, der findet vor allem „Russen und ihr Lieblingsgetränk Wodka“, „Betrunkene Russen“, dann noch karikierte Russen mit Bärenfratze und einer Kalaschnikow, oder höhnische Fotos über den Abzug der „Russen und ihre Hinterlassenschaften“. Die ganz schlimmen, geschichtsverdrehenden, faschistoiden Bilder fehlen auch nicht: „Russen und eine gesprengte Brücke“ (als hätten sie den Krieg begonnen), oder „Russische Panzer in Schlesien rollen über deutsche Soldaten“ (was zwar nicht zu sehen ist, aber was macht das schon). Ein altes neues Feindbild ... Wem nützt es?

mend verschlechterten. Andererseits freut man sich über russische Erfolge, z. B. im internationalen Sport, auch wenn die obligatorisch herabwürdigenden Kommentare kränken.

Das heutige Russland ist ein tiefst gespaltenes und zerrissenes Land. Die Solidarität und das Verständnis vieler gehören den in ihrer Mehrheit leidgeprüften einfachen russischen Menschen und ihrem Wunsch nach Ordnung, bescheidenen Wohlstand, sozialem Schutz, Gerechtigkeit und einer verlässlichen Zukunftsaussicht. Die „Reformen“ Jelzins brachten Russland durch die Verschleuderung der nationalen Reichtümer an Spekulanten, die Verelendung der Bevölkerung und eine gigantische Verschuldung an westliche Banken an den Rand des Abgrunds. Der Schriftsteller Alexander Solschenizyn hat das im Sommer 2007 treffend gegenüber dem Spiegel ausgedrückt: *„Der Westen freute sich über das Ende des lästigen Kalten Krieges und beobachtete über die Jahre der Gorbatschow- und Jelzin-Herrschaft hinweg eine Anarchie im Inneren Russlands und die Aufgabe aller Positionen nach außen hin. Er gewöhnte sich schnell an den Gedanken, dass Russland nun fast ein Land der Dritten Welt sei und dass es für immer so bleiben werde.“*

Im Westen kritisiert man nun, dass es mit der Demokratie in Russland nicht zum Besten stehe. Doch der strapazierte Begriff „demokratia“ wurde in der Jelzin-Ära moralisch verschliffen. Heute sprechen viele Russen von „demokratia“, was ins Englische übersetzt *shitocracy* heißt (und im Deutschen fast so ähnlich klingt.) Die als autoritär bezeichnete Politik Putins hat das Land vor dem Absturz bewahrt. Unter ihm fühlten sich die Russen endlich nicht mehr als gedemütigte und schwache Nation. Seine Sympathiewerte unter der Bevölkerung liegen laut Umfragen bei 70 Prozent. Die

genen Biografie zugeneigt ist. Ohne einen starken Staat hätte das Chaos, das Jelzin angerichtet hat, nicht überwunden werden können. Es wird auch in Zukunft in Russland eine kapitalistische Entwicklung unter starker staatlicher Kontrolle geben.

Die Mehrheit der Russen scheint sich zumindest damit abzufinden. Putin wurde im Jahre 2003 ein zweites Mal zum Präsidenten gewählt und auch der eindeutige Sieg seiner Partei „Vereintes Russland“ zu den kürzlich abgehaltenen Duma-Wahlen spricht eine klare Sprache. Seine Politik ist aber auch eine Reaktion auf die Entwicklung des internationalen Umfeldes. Peter Scholl-Latour liegt nicht falsch, wenn er feststellt, dass Russland im Zangengriff handfester imperialistischer Begehrlichkeiten, unterschiedlichster Einflüsse und drohender Gefahren steckt. Auch diese Zusammenhänge hat Sarkis Latchinian im erwähnten Beitrag in LN 1/08 ausführlich analysiert.

Die relative Wiedererstarkung Russlands unter Putin wird durch die USA und ihre Verbündeten wirtschaftlich, militärisch und politisch begleitet vom Versuch ihrer Eindämmung. Antirussische Tendenzen und Stimmungen, von den westlichen Medien sichtbar gefördert, sind in vielen ehemaligen Sowjetrepubliken zu erkennen. Es gibt eine Politik der Diskriminierung gegenüber den russischen Minderheiten in Lettland, Estland und Moldawien und eine russlandfeindliche Politik in der Ukraine und Georgien. In Bezug auf das zu Russland gehörige Tschetschenien wird die Politik islamistischer Kräfte zur Abtrennung von Russland aus dem Ausland unterstützt. Auch die sich moderat gebende, aber Bush-hörige Bundeskanzlerin Merkel hat sich eingereicht in die Zangengriff-Politik gegenüber Russland. Dmitri Rogosin, Russlands neuer Vertreter bei der NATO, fasste die Haltung Putins zu den westlichen Bestrebungen gegenüber Russland zusammen: *„Die NATO-Staaten müssen begreifen, dass sie die eigene Sicherheit nicht gewährleisten können, indem sie die Sicherheit anderer beeinträchtigen.“*

Die ideologische Grundlage der aktuellen Politik des Westens gegenüber Russland ist ein immer stärker herausbildender Antirussismus, der an Stelle des früheren Antisowjetismus trat.

In Deutschland wird durch Politik und Medien, übrigens im Gegensatz zur Haltung gegenüber dem Holocaust, verdrängt, dass Deutsche verantwortlich sind für die Tötung von 20 Millionen Sowjetbürgern während des verbrecherischen Krieges gegen die Sowjetunion. Eine demagogische Rechnung wird aufgemacht. Ein Unrechtssystem hätte ein anderes Unrechtssystem beseitigt und neues Unrecht geschaffen. Die Kommunisten in der Linkspartei haben recht, wenn sie sagen, dass manche die Sowjetunion und deren Verdienste bei der Zerschlagung der faschistischen Bestie am liebsten aus dem Gedächtnis der Menschheit streichen würden. Doch der Kampf der sowjetischen Völker ist nicht minderwertig gewesen, nur weil er von Stalin geführt wurde. *„Meinst du, die Russen wollen Krieg?“* wird in einem bekannten Lied von Jewgeni Jewtuschenko gefragt.

Gegen Russland kann es keinen Frieden in Europa geben. Eine wachsende Zusammenarbeit mit Russland wäre für Deutschland außerordentlich vorteilhaft. Diese Erkenntnis wird sich hoffentlich durchsetzen.

In LN 2'08 druckten wir auf diesem Platz den Bericht von Wolfgang Focke vom Verein ehemaliger Heimkinder e.V. Dem Verein war es vor einem Jahr, am 11. Dezember 2006, gelungen, dass neun seiner Mitglieder ihren Leidensweg vor dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages vortragen durften – eine bis heute folgenlos gebliebene Aktion um Anerkennung wenigstens von Rentenanspruchszeiten. Es sind dies Berichte der seinerzeit nicht nur gequälten, sondern auch hart arbeitenden Minderjährigen in der Bundesrepublik Deutschland zur Zeit des Wirtschaftswunders. Ihr ganzes Verbrechen bestand darin, arm geboren zu sein. Die Redezeit der Eingeladenen – Wolfgang Focke, Heide Lore R., Eleonore Fleth, M. E., Wolfgang Bahr, Dietmar Krone, Wolfgang Rosenkötter, Renate Schmidt, Michael-Peter Schilsky – war auf jeweils 10 bis 15 Minuten begrenzt.

Heute nun noch einmal zwei – gekürzte – Berichte, diesmal von Frauen. Ein Kommentar, warum wir uns diesem Thema nochmals widmen, erübrigt sich angesichts aktueller Forderungen nach hartem Durchgreifen gegen Kinder.

Heide Lore R.

Ich wurde 1945 geboren. Bis zum Jahre 1956 habe ich nur gute Erinnerungen an meine Kindheit. 1956 wurde meine Mutter schwer krank mit einem Hirntumor. Sie war oft im Krankenhaus. Im Juni 1957 ist sie gestorben. Ich bin statt zur Schule jeden Tag mit dem Fahrrad zum Friedhof gefahren, habe dort das Grab meiner Mutter besucht, ich war verzweifelt.

Mein Vater hat eines Abends Papiere für die Lebensversicherung geordnet. Ich saß mit am Tisch und habe auf einem Formular das Wort „Adoption“ und meine Vornamen gelesen. Ich habe meinen Vater gefragt, was das Wort bedeutet, er hat mir keine Antwort gegeben. Er hat alles schnell zusammengeräumt und wieder weggeschlossen. Meiner Freundin erzählte ich davon. Wir konnten dann herausbekommen, dass Kinder adoptiert würden, die keine Eltern mehr hätten.

Als ich eines Tages von der Schule nach Hause kam, standen ein Mann und eine Frau vor der Haustüre, die haben mir erzählt wir würden zu meinem Vater ins Geschäft fahren und uns dort darüber unterhalten, was mit mir geschehen sollte. Wir sind nicht zu meinem Vater gefahren, sondern sie haben mich zu Nonnen gebracht. Dort war ich vier Wochen. Ich durfte eine Woche lang ein spärlich eingerichtetes verschlossenes Zimmer nur zu den Mahlzeiten verlassen und um in der Kapelle zu beten (ich durfte nicht zur Toilette, sondern musste einen Nachttopf benutzen). Es waren schwangere Mädchen und Mädchen, die schon Babys hatten, dort. Ich war 12 Jahre, trotzdem haben die Mädchen mich gefragt, ob ich auch schwanger sei.

Eine Frau vom Jugendamt hat mich nach Lahr/Schwarzwald gebracht und mir erzählt, dass mein Vater dieses Heim für mich ausgesucht hätte und es mir bestimmt gefallen würde. Es war das evangelische Waisenhaus in Lahr, überwiegend waren dort Diakonissen. Die Oberin sagte, wenn ich mich anständig verhalten würde, könnte ich auch von meinem Vater besucht werden, aber erst wenn ich mich eingelebt hätte. Auf meine Frage, wann das denn sei, antwortete sie mir, sie würden mir meine

Ungezogenheiten schon austreiben, ich hätte nur zu sprechen, wenn ich gefragt würde.

Wieder wurde ich eingesperrt und bekam die Mahlzeiten auf das Zimmer. Das Zimmer hatte nur ein Eisenbett, keinen Stuhl und keinen Tisch oder Schrank. Das Licht konnte nur von draußen an- und ausgemacht werden und das vergitterte Fenster, fast ganz oben an der Decke, hatte keinen Griff zum Aufmachen, an der Tür war ein Spion. In diesem Zimmer sollte ich noch viele Tage und Nächte verbringen. Nach einer Woche kam ich dann in einen Schlafsaal mit 12 Betten, alle Mädchen waren älter als ich, die Älteste war damals schon 18 und hatte ein Kind, das auch im Waisenhaus in der Säuglingsabteilung war. Dieses Mädchen war Bärbel und immer, wenn sie bestraft wurde, durfte sie ihr Kind für mehrere Wochen nicht sehen, nachts hat sie immer geweint. Eigene Kleider durften nicht getragen werden, wir hatten alle eine Anstaltstracht. Jedes Mädchen hatte eine Nummer, ich die Nummer 61.

Nacht's wurde die Tür im Schlafsaal abgeschlossen, wenn man auf Toilette musste, gab es dafür einen Eimer. Jeden Tag gingen alle 12 Mädchen gemeinsam in den Waschraum und einmal in der Woche konnte man duschen. Für mich war das anfangs ungewohnt und ich genierte mich, als die Schwester, die uns beim Waschen beaufsichtigte das merkte, musste ich mich vor allen Mädchen ganz nackt ausziehen und mich waschen und zwar so wie die Schwester es sagte, manche Mädchen haben betreten wegesehen und manche haben gekichert, mir war das sehr peinlich, ich habe geweint.

Im Heim war eine Schule, alle 8 Klassen in einem Raum. Ich ging zunächst in die 5. Klasse, insgesamt waren wir ca. 30 Mädchen von der 1. bis zur 8. Klasse. Ich hatte keine Probleme mit dem Lehrstoff sondern mit der Lehrerin, sie war keine Diakonisse. Ein neues Mädchen aus Mannheim, ihr Name war Roswitha (auch 12 Jahre alt), weinte viel und hatte Heimweh. Das Schlimmste war, sie war Linkshänderin. In Mannheim war das in der Schule wohl kein Problem, aber im Heim sehr wohl. Immer wenn sie den Füllhalter in der linken Hand hatte und erwischt wurde, bekam sie nicht nur Taten auf die Hände, nein überall hin, auch auf den Körper und den Kopf. Mit der rechten Hand konnte sie nur langsam schreiben, darum wurde sie auch nie mit uns anderen fertig und musste immer nachsitzen. Oft bekam sie dann nichts mehr zu essen. Mir tat sie leid, ich habe darum etwas für sie geschrieben, nicht zu schön, dass man es nicht sofort merken sollte und das wurde mir dann zum Verhängnis. Alle beide haben wir kräftig den Rohrstock zu spüren bekommen und alle beide wurden wir eingesperrt, natürlich getrennt. Die Striemen vom Rohrstock hat man bei mir lange gesehen. Zu mir hat die Lehrerin gesagt ich wäre verlogen und ein durchtriebenes Subjekt (ich wusste gar nicht was das war), weil ich vorgetäuscht hätte, dass Roswitha das selbst geschrieben habe. Ich wäre ein hinterhältiges Früchtchen, sagte die Oberin zu mir und sie hoffe, dass ich im Arrest zur Besinnung käme und bis dahin seien Briefe und Besuche gestri-

chen. Briefe schreiben war nur alle vier Wochen und Besuch nur alle viertel Jahre erlaubt. Alle Briefe wurden gelesen und manchmal auch nicht abgeschickt. Eines Abends, als mich eine Schwester zum Waschraum brachte, wurde sie von jemand gerufen und ließ mich alleine im Umkleideraum, der nicht abgeschlossen war. Die Schwestern konnte man immer beim Gehen hören, weil alle einen großen Schlüsselbund an ihrer Schürze befestigt hatten, der immer klimperte. Ich bin wegelaufen, am Zaun lehnte das Fahrrad von einer Schwester, ich habe es genommen (gestohlen) und bin durch den Stall hinten um das Haus herum abgehauen.

Ich wollte zu meinem Vater nach Karlsruhe, die Richtung kannte ich und habe auch nach Hause gefunden. Mein Vater war nicht glücklich mich zu sehen, aber doch froh, dass mir nichts passiert war.

Er hat mich wieder zurück gebracht. Ich habe ihm erzählt was passiert war, er hat mir nicht geglaubt, er sagte, ich hätte eine blühende Phantasie und so schlimm könne

ter verstanden, dass mein Vater nicht alleine leben wollte.

Ich sollte ein Treppenhaus putzen und habe das wohl nicht gut genug gemacht, so dass eine Schwester mich ausgeschimpft und geschlagen hat, dabei bin ich die Treppen runtergefallen, weil sie mich gestoßen hatte, dafür wurde ich wieder eingesperrt. Die anderen Mädchen, vor allem die Älteren, haben einen Plan zur Flucht ausgeheckt. Im Schlafsaal sollten wir nicht sprechen, aber wir taten es trotzdem. Erst wollten die Mädchen mich nicht mitnehmen, aber weil ich so verzweifelt war und weil ich schon mehrmals wegelaufen war, haben sie mich doch mitgenommen. Wir haben uns in einem leer stehenden Winzerhäuschen im Weinberg versteckt, weil die Älteren sagten, wir würden auf den Straßen gesucht werden. Beim Apfelstehlen hat uns wohl ein Landwirt gesehen und es der Polizei gemeldet. Ich habe fast nichts mitbekommen, ich kam mit einer Blutvergiftung ins Krankenhaus und mir wurden Metallspäne herausoperiert, die wohl beim

Bundesdeutsche Kindersklaven aus der Zeit des Wirtschaftswunders verlangen Entschädigung und Wiedergutmachung (Fortsetzung von LN 2/08)

Nie wieder Kinderknast!

es doch nicht sein.

Ich bin wieder zurück ins Heim gekommen. Ich kam aber dann doch wieder für eine Woche in das Zimmer mit den vergitterten Fenstern und in die Schule durfte ich auch nicht, weil ich das Fahrrad gestohlen hatte.

Jeder musste ein Amt übernehmen, d.h. nach der Schule in der Küche, Waschküche, in den Ställen oder bei den Kleinkindern und Säuglingen helfen. Im Sommer mussten wir auf dem Feld helfen, das war anstrengend, aber trotzdem schön. Eines mittags wurde mir so schlecht und ich musste mich übergeben (wir hatten schon seit morgens Heu gewendet und aufgeladen), ich hatte Fieber und ich sollte im Schatten liegen bleiben, man könnte niemand entbehren bei der Heuernte, wenn ich schon nicht mehr arbeiten könnte, solle ich mich wenigstens ruhig verhalten. Offensichtlich habe ich mich ruhig verhalten, ich kann mich erst wieder an den übernächsten Tag erinnern, ich lag im Bett mit Wadenwickeln und ein Arzt war da. Meine Frage, was ich denn hätte und warum ich in dem Zimmer mit den vergitterten Fenstern wäre, wurde mir nicht beantwortet. Erst als ich wieder gesund war, haben mir die anderen Mädchen im Speisesaal erzählt, ich hätte einen Hitzschlag gehabt und wäre ohnmächtig gewesen.

Besuchstag, aber mein Vater kam nicht. Anrufen konnte man damals nicht, wir hatten zu Hause kein Telefon. Ich habe die Schwester gebeten doch bei meinem Vater auf der Arbeit anzurufen, weil er nicht mehr geschrieben hatte, die Antwort war: der wird schon wissen warum er nicht kommt, kein Wunder bei so einem frechen Kind, ich solle kein Theater machen. Die Angst um meinen Vater hat mich wieder veranlasst, die Flucht zu ergreifen. Dieses Mal hat mich ein Lastwagenfahrer bis nach Karlsruhe mitgenommen. Als ich nach Hause kam, war eine Frau bei meinem Vater. Er hat mit mir geschimpft und mich wieder zurückgebracht. Für mich brach damals eine Welt zusammen, mein Vater war alles was ich hatte und ich dachte er hat mich nicht mehr lieb. Ich habe erst spä-

ter Sturz im Treppenhaus in mein Bein gekommen waren. Noch im Krankenhaus kam mein Vater. Ich musste nicht mehr zurück, aber nach Hause durfte ich auch nicht. In Lörrach wohnte ein Bruder meines Vaters und dort wäre ein gutes Kinderheim, die Tüllinger Höhe, dort würde er mich hinbringen. Es war ein gutes Heim. Mit 15 wurde ich konfirmiert. Im selben Jahr habe ich die Schule abgeschlossen. Ich wollte Hotelkauffrau werden, das ging erst mit 18 Jahren. Alle Erwachsenen erklärten mir, es wäre gut, wenn ich noch ein Haushaltsjahr machen würde. Damals konnte man nicht viel dagegen sagen, aber ich fühlte mich wieder einmal abgeschoben. Ich machte bei einer Hauswirtschaftslehrerin für ein halbes Jahr die Hausarbeit und kümmerte mich um ihre drei Kinder, was ich sehr gerne tat. Im Monat habe ich 30 DM bekommen und Rentenbeiträge wurden abgeführt, die brachte ich damals immer selbst zur AOK.

Ich war meinem Vater zu anstrengend. Er hat mich wieder vom Jugendamt abholen lassen und so kam ich nach Leonberg in ein Erziehungsheim für schwer erziehbare Mädchen. Dieses Haus (Margaretenheim) wurde von Diakonissen geleitet und mit solchen hatte ich nur schlechte Erfahrungen gemacht. Ich wurde wieder eingesperrt, Schläge gab es nicht, aber man hatte andere Methoden uns gefügig zu machen, z. B. wenn Badetag war, musste man als Zweite in ein Badewasser steigen, in dem vorher schon ein anderes Mädchen gebadet hatte, ich habe mich geweigert, weil mich das geekelt hat. Danach war wieder Arrest angesagt. ...

Ich kann mich nicht mehr an alles erinnern, aber an den 28. Oktober 1961 kann ich mich noch sehr gut erinnern. Ich musste zur Schwester Oberin ins Büro, sie hat mir erzählt, dass mein Vater von einem Auto auf dem Zebrastreifen erfasst worden wäre und bewusstlos liegen geblieben wäre, der Fahrer hätte Fahrerflucht begangen und später sei noch ein Lastwagen über ihn gefahren, der Fahrer hätte wegen Nebel nichts gesehen. Mein Vater war sehr schwer verletzt, man musste beide Beine amputieren. Er hatte auch innere Verlet-

zungen. Das Krankenhaus hatte gebeten, dass ich komme. Natürlich durfte ich nicht zu meinem Vater nach Bühl. Mein Vater starb dann noch in derselben Nacht. Jetzt war ich ganz alleine und sehr verzweifelt. Getröstet hat mich niemand, sondern wieder einmal eingesperrt, weil ich mit meiner Weinerei die anderen gestört hätte. Zur Beerdigung durfte ich nicht.

Wenn ich heute über mein Leben nach den Heimen nachdenke, stand bei mir immer im Vordergrund, es allen recht machen zu wollen und wenn etwas nicht gut gelaufen ist, immer die Schuld bei mir zu suchen. Ich bekomme heute noch manchmal Gänsehaut wenn ich Schlüsselgerassel höre und es gibt in meiner Wohnung keine geschlossenen Türen.

Meine Jugend war ab meinem 12. bis zum 17. Lebensjahr alles andere als schön, und ich fühlte mich mehr als einmal misshandelt und das von Diakonissen, in deren Obhut ich mich zu einem lebensstüchtigen Menschen entwickeln sollte. Dass mein Leben dennoch lebenswert geworden ist, habe ich wohl meiner Veranlagung und der liebevollen Erziehung bis zu meinem 12. Lebensjahr zu verdanken. Und später waren es immer wieder meine Kinder, für die ich gerne gesorgt habe, um ihnen das zu ersparen.

M. E.

Der Heimaufenthalt hatte nicht nur für mich, sondern auch für meine im Vincenzheim geborene Tochter Auswirkungen auf unser ganzes Leben. Ich wurde 1943 in H. geboren und war das 6. Kind einer streng katholischen Familie. Meine Mutter starb 1949. Im gleichen Jahr heiratete mein Vater eine Frau, die uns eine gute Mutter war. Mein Vater war Selbstständiger als Schlachter und später als Metzger bei der Bundeswehr. Mit 14 Jahren kam ich in Stellung, um die Hauswirtschaft zu erlernen. Ich hatte von Kindheit an eine empfindliche Haut, starken Juckreiz durch Putzmittel. Nach eineinhalb Jahren brach ich die Ausbildung ab und ging wieder nach Hause. Kurz nach meinem 16. Geburtstag verliebte ich mich in einen 24-jährigen kanadischen Soldaten. Ich war sexuell unerfahren.

Ende November 1959 bemerkte ich, dass ich schwanger war. Als mein Vater davon erfuhr, schlug er wie von Sinnen auf mich ein und benachrichtigte das Jugendamt. Noch am gleichen Tag wurde ich in ein Haus für obdachlose Frauen und Mädchen gebracht. Heiraten durfte ich nicht. Am 1. März 1960 wurde ich von einem Polizeibeamten und einer Fürsorgerin in ein evangelisches Entbindungsheim nach Soest gebracht, von da aus dann Anfang April 1960 ins Vincenz-Heim in Dortmund. Ich bekam die obligatorische Heim-Kleidung, blaukariertes Kleid mit Puffärmeln. Darüber eine Schürze aus gleichem Stoff. Da saß ich nun stundenlang in einer Gruppe von etwa 20 Mädchen und häkelte weiße Batisttaschentücher. Die Nonne saß dabei, passte auf und betete ihren Rosenkranz. Und Sonntag nachmittags Hofgang in Reih und Glied. Alle paar Wochen kam ein alter Frauenarzt. Er untersuchte uns im Beisein der Schwester. Als ich im achten Monat war, wurde ich ins Krankenhaus zur Untersuchung gebracht. Es war eine Steißblage. Von da an drängte mich die Schwester immer mehr, zur Beichte zu gehen. Ich hatte mich vorher schon geweigert. Deshalb kam ich für einen Tag in die Kabause. Es war eine kleine Zelle mit einer Holzpritsche. Für die Notdurft einen Bleicher. Eines Samstag morgens bekam ich einen Zettel und Bleistift, und ich wurde im Schlafsaal eingesperrt. Dort sollte ich

meine Sünden aufschreiben. Des Nachmittags dann in Reih und Glied in die Kapelle zum Beichten. Als ich an der Reihe war, kniete ich nieder und las vor: „Ich habe Unschamhaftes getan“. Der Priester fragte in welcher Stellung. Da ich nicht wusste was das war, fragte ich: „Was ist das?“ Mit den schmutzigsten Ausdrücken erklärte er mir dann, was eine Stellung ist. Als ist mir zu viel wurde, lief ich weinend aus dem Beichtstuhl auf dem Flur. Schwester Alexa kam hinter mir her. Sie legten den Arm um meine Schulter und sagte: „Wenn Dir bei der Geburt was passiert, kannst du ohne Sünden vor den Herrn treten“.

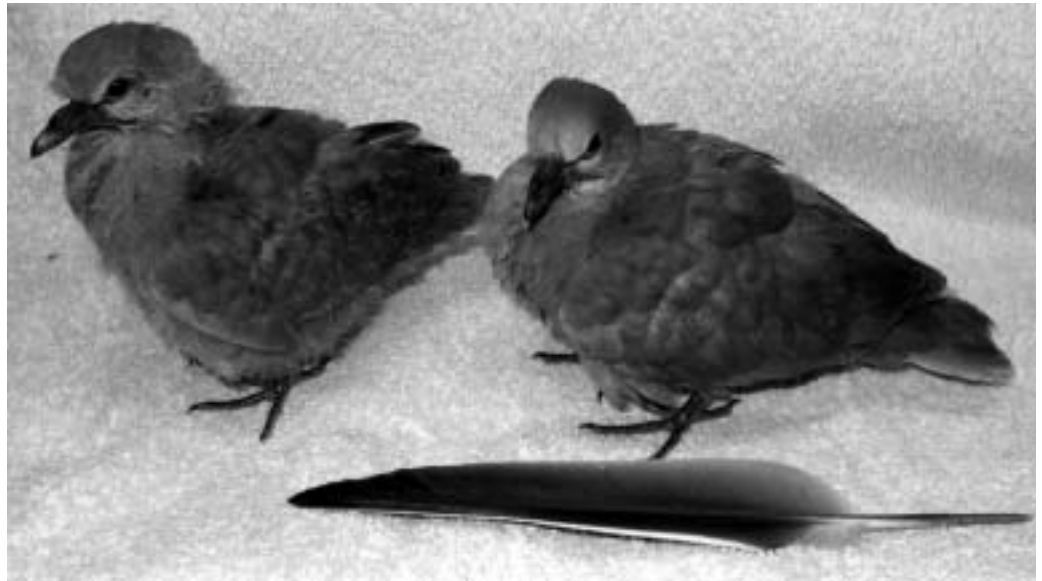
Am 2. August waren wir des Morgens in der Kapelle. Während der Wandlung war

Nach 10 Tagen wurde ich vom Heim wieder abgeholt. Noch am gleichen Tag wurden mir mit zusammengerollten Windeln die Brüste hoch gebunden und ich musste im Bügel-Saal arbeiten. Des Sonntags durfte ich meine Tochter für eine Stunde sehen. Bald wurde ich in eine andere Gruppe verlegt. Ich war in sechs verschiedenen Gruppen. Meine Arbeitseinsätze waren im Bügel-Saal, in der Näh-Stube, im Keller Kartoffeln schälen. Täglich der gleiche Trott. In Zweierreihe zur Kapelle, zur Arbeit, einmal wöchentlich Hofgang, wo uns hohe Mauern daran hindern sollten, auszureißen.

Hygiene war Mangelsache. Intimpflege war nicht möglich. Dementsprechend

chen waren kaum vorhanden.

Im Herbst 1961 wurde ich nach Allen bei Rühnern verlegt, auf den Strüvernhof. Ein großer Bauernhof, der zum Vincenzheim gehörte. Dort musste ich auf dem Feld arbeiten – Kartoffeln auflesen und Runkeln ziehen, im Schweinestall und im Kuhstall arbeiten. Das Heim war Selbstversorger. Denn auch Obst und Gemüse und Salat wurden saisongemäß geerntet. Zwei zivil beschäftigte Frauen brachten die Ware täglich nach Dortmund. Während dieser Zeit habe ich meine Tochter nicht gesehen. Bei meiner Entlassung war ich 18 1/2 Jahre alt. Ich habe dann in einer Fabrik gearbeitet, in der Elektrogeräte hergestellt wurden. Meinen



knien Pflicht. Ich hatte plötzlich einen starken Schmerz im Unterleib und setzte mich hin. Sofort hatte ich Schwester Vincentines spitzen Finger im Rücken und sie sagte: „Hinknieen!“. Etwa 10 Minuten später war

Ihr Schicksal ist kaum bekannt. Bis in die siebziger Jahre hinein wurden mehr als eine halbe Million Kinder sowohl in kirchlichen wie staatlichen Heimen Westdeutschlands oft seelisch und körperlich schwer misshandelt und als billige Arbeitskräfte ausgebeutet. Viele leiden noch heute unter dem Erlebten, verschweigen diesen Teil ihres Lebens aber aus Scham – selbst gegenüber Angehörigen.

der Schmerz wieder da. Ich stand auf und ging aus der Kapelle. Schwester Vincentine kam hinterher und beschimpfte mich. Sie sagte, ich solle auf dem Flur hin und her gehen und ging wieder. Nach einiger Zeit kam der Schmerz wieder. Mir lief Flüssigkeit die Beine runter und der Fußboden war nass. Ich hielt vor Schmerz meinen Bauch und suchte eine Toilette. Aber alle Türen waren verschlossen. Etwas später kamen alle aus der Kapelle raus. Ein Mädchen musste mir einen Eimer mit Wasser, Aufnehmer und Schrubber holen, und ich musste alles sauber machen. Etwa um 11 Uhr wurde ich ins Krankenhaus gebracht. Die letzten Minuten vor der Geburt war ich bewusstlos. Sie haben mir das Kind an den Beinen aus den Körpern gerissen. Im Krankenhaus konnte ich Stillen.

rochen wir auch. Wenn wir unsere Regel hatten, bekamen wir drei Mal täglich gestrickte Baumwollbinden, wo noch Spuren von der Vorbenutzerin dran waren. Wenn ich meine Hände und Arme wegen ständigem Juckreiz blutig gekratzt hatte, bekam ich Teersalbe und in Streifen gerissene alte Bettlaken. Wir mussten täglich bis zu 10 Stunden arbeiten. Samstags bis Mittags. Es gab ein Notensystem. Arbeits-, Fleiß-, Höflichkeits- und Sauberkeitsnoten – für jede gute Note 5 Pfennig pro Tag. Bei den geringsten Verfehlungen wurde das gestrichen. Jede Nonne hatte ständig ein Notizbuch bei sich. Da wurde jede Verfehlung notiert. Oft wurden mir die Besuche bei meiner Tochter gestrichen, weil ich Widerworte gegeben hatte oder das Redeverbot missachtete. Den Teller leer essen war Pflicht. Wir mussten so lange sitzen bleiben bis der Teller leer war. Das Essen war oft mit dicken fetten Schweineschwarten gekocht. Auch wenn die Mädchen schon auf dem Teller gebrochen hatten, der Teller musste leer gegessen werden. Mehrmals haben Mädchen versucht, sich das Leben zu nehmen oder auszureißen. Danach haben wir sie nicht wieder gesehen. Wahrscheinlich haben wir auch Medikamente bekommen. Nach einigen Monaten hatten viele Mädchen 10 bis 20 kg zugenommen. Zu trinken gab es nur zu den Mahlzeiten, auch im Sommer bei der Hitze im Bügel-Saal. Es waren aber nicht alle Schwestern so schlimm wie Alexa und Vincentiene.

Wenn ich meine Tochter besuchen durfte, standen die Kinder mit dem Kopf wackelnd im Bett. Sie waren mit Windeln an den Gitterbetten angebunden. Spielsa-

lohn musste ich zu Hause abgeben. Damit ich meine Tochter am Wochenende besuchen konnte, putzte ich nach Feierabend die Büroräume. Das Geld bekam ich separat ausgezahlt. Nach etwa acht Wochen habe ich dann einen Platz im Iserloher Waisenhaus gefunden. Als ich meine Tochter abholte, konnte sie noch nicht laufen. Sie schwankte beim Gehen hin und her. Die Schwester in der Kleinkinder-Abteilung sagte zu mir: „Geh' mal mit ihr zum Arzt, da stimmt was nicht.“ Der Arzt erklärte mir an Hand einer Röntgenaufnahme, dass meine Tochter eine doppelseitige Hüftgelenksluxation hätte, die in seltenen Fällen bei der Geburt vorhanden sei, aber durch die Steißblage und die dadurch komplizierte Geburt begünstigt würde. Sie kam sofort nach Dortmund in die orthopädische Klinik. Dort wurde sie unter Narkose eingelenkt und lag dann wochenlang im Gipsbett. Die Ärzte im Krankenhaus sagten mir, die Schäden hätten schon viel früher festgestellt werden müssen, weil diese Schäden bei Lageanomalien bekannt seien. Danach nahm das Waisenhaus in Iserlohn sie nicht wieder auf. Sie kam zurück ins Vincenzheim. Dort blieb sie bis zum 1. November 1963. Einen Tag nach meiner Heirat holten wir sie ab. Es folgten bis zum 12. Lebensjahr drei schwere Operationen. Mit 16 wurden Ihr Schrauben entfernt. Sie ist von Kind an zu 80 Prozent schwerbehindert. Sie war ein sehr schwieriges Kind. Besuchte die Sonderschule. Ich war oft überfordert. Heute weiß ich, dass die ersten Lebensjahre eines Kindes sehr prägend sind. Ich habe immer noch große Schuldgefühle...

Streitfall Richard Wagner

Noch immer stoßen in Leipzig, der Geburtsstadt des Dichterkomponisten, widersprüchliche Meinungen aufeinander. Das Faible Hitlers und anderer, durchaus aber nicht aller Nazigrößen wird als bleibender Makel gewertet. Es wird aber kaum danach gefragt, ob die Werke Wagners entgegen ihrem Anliegen mißbraucht und mißdeutet wurden.

Die „Meistersinger“ mussten für die in Nürnberg mit großem Pomp veranstalteten NSDAP-Reichsparteitage herhalten. Doch Hans Sachs' Kritik am welschen Dunst und Tand, das Lob der deutschen Meister richten sich gegen die Fürsten des in den 1860er Jahren noch zersplitterten Deutschlands und wollen den Weg zu einem friedlichen und einigen Land bereiten helfen.

Andere in der Nazizeit favorisierte, aus dem Zusammenhang gerissene Wendungen sind aus

Vormärz-Betreibungen zu erklären. Die von den Nazis hysterisch übersteigerten Heil-Rufe entstammen alten Überlieferungen.

Bei der Wahl seiner Sujets kam es Wagner keineswegs auf die nationale Herkunft an. Er suchte Stoffe, die gleichnishafte, allgemeingültige Aussagen ermöglichen. So stützte er sich auf die „Edda“ und die skandinavische Walsungen-Sage („Der Ring des Nibelungen“), auf keltische („Tristan), englische und französische („Parsifal“), niederländische („Der fliegende Holländer“) Überlieferungen, auf Vorlagen von Carlo Gozzi („Die Feen“), Shakespeare („Das Liebesverbot“), Edward Bulwer-Lytton (Rienzi“).

Wagners dauerhafte Wertschätzung solcher Komponisten wie Francois Auber (besonders für dessen Oper „Die Stimme von Portici“), Fromental Halévy („Die Jüdin“), Hector Berlioz,

Gasparo Spontini, Vincenzo Bellini, Gioacchino Rossini, der Literatur anderer Völker zeugen von einer insgesamt weltoffenen Haltung.

Ein anderer Einwand gegen Wagner resultiert aus dem unsachlichen und völlig verfehlten Pamphlet „Das Judentum in der Musik“. Das muss jedoch innerhalb der in den 1840er Jahren begonnenen Auseinandersetzungen betrachtet werden, an denen sich auch der junge Karl Marx mit sachlich begründeten kritischen Artikeln beteiligte. Wäre Wagners Artikel nicht von Kleingeistern und besonders von Nazis aufgegriffen worden, würde heute kaum jemand ernsthaft darüber reden, zumal es im Werk Wagners keine Gestalten jüdischer Herkunft und keinerlei judenkritische Äußerungen gibt. Wagner wurde die Unhaltbarkeit seiner Kritik an Felix Mendelssohn Bartholdy bewusst, und er bezeichnete später die „Hebri-



den“-Ouvertüre als eines der schönsten Werke der Tonkunst. In seinen letzten Lebensjahren stellte er fest, dass jüdische Künstler seine Werke am besten verstehen und aufzuführen vermögen.

Wagners Hauptwerk „Der Ring des Nibelungen“ steht gegen die auch heute noch wirksame, von Besitz- und Machtgier, von Raub, Mord und Krieg um des Besitzes willen geprägte Weltordnung an. Es führt in einer Parabel vor, wie um den aus dem geraubten Rheingold

Zum 125. Todestag
am 13. Februar

geschmiedeten, die Weltherrschaft garantierenden Ring ein unentwegter Kampf entbrennt, in dem auch vor Bruder- und Sohnesmord nicht zurückgeschreckt wird.

Als Gegenstück zu diesem „Ring“ bleibt Wagners letztes Werk, das Bühnenweihfestspiel „Parsifal“ zu verstehen. Der wie Wagners Siegfried im Walde, in der Wildnis aufgewachsene Parsifal wird als reiner Tod durch Mitleiden an aller Kreatur wissend und tritt nach harten Prüfungen an die Spitze einer sozial gerechten Gemeinschaft freier, gleichberechtigter Menschen.

Kein anderer deutscher Komponist hat Probleme der menschlichen Gesellschaft szenisch und musikalisch so nachdrücklich gestaltet. Das verpflichtet die Geburtsstadt Leipzig im Blick auf den 200. Geburtstag des Künstlers zu besonderen Anstrengungen.

• WERNER WOLF

Geheimrat Goethe lobte gegenüber Eckermann: „Calderón ist dasjenige Genie, was zugleich den größten Verstand hatte.“

Der spanische Priester und Dramatiker schrieb 1653 „Die Tochter der Luft“ und gab damit späteren Generationen Rätsel auf. Wer war Semiramis wirklich? Eine tollwütige Herrscherin? Eine Seherin in eigener Sache, eine verletzte, stille Seele? Semiramis wurde bei einer Vergewaltigung gezeugt, gefangen gehalten, befreit, zur Herrscherin ernannt, um als Tyrannin zu enden. Fasziniert von diesem Stoff hat Hans Magnus Enzensberger 1992 eine Neubearbeitung vorgelegt. Enzensberger gab sich in seiner Biographie nicht mit dem nonkonformistischen Affront, der Anklage,

zufrieden, er wollte soziale und politische „Sachverhalte ändern und neue hervorbringen“ und verlangte von den Schriftstellern zur „politischen Alphabetisierung“ der Bevölkerung

Janusköpfig



Die Zeit bläst alle Schicksale hinweg, nur Denkmäler überdauern steinern die Stürme.

Foto: Rolf Arnold

der BRD beizutragen. In diesem Sinne ist seine Bearbeitung herausfordernd und dramatisch verdichtet.

Regisseurin Konstanze Lauterbach setzt im Schauspiel Leipzig auf die Kraft des filigranen Textes, auf die Sehnsucht nach Antike und die Lust am Nachdenken. Bekömmlich, ohne

Anbiederung mutet sie den Zuschauern diese Frau zu. Sie sollen sich an ihr reiben. Eva Müller und Ellen Hellwig geben der jungen und der reifen Semiramis ein janusköpfiges Gesicht. Zivilisation und Barbarei liegen eng beieinander, verschwimmen, offenbaren und verunsichern zugleich. Die Überraschung des Abends ist Katharina Ley, ihre Königsschwester ist mit klassischer Strenge gezeichnet, voll Anmut und fast romantischer Melancholie. Das nüchterne Bühnenbild (Kathrin Frosch) überzeugt durch ein präzises Zusammenspiel mit Licht und Musik.

• D. M.

Auch die Presse hat auf dem Bildschirm ihre Clubs, und sie nennt den bekanntesten in der ARD auch noch so: „Presseclub“. Offenbar aus Sparsamkeitsgründen lädt der Frager am halbrunden Tresen seit geraumer Zeit einen Gast weniger in die illustre Runde. Das hat aber auch für uns Zuschauer den Vorteil, dass nur noch vier mit- oder gegen- oder aneinander vorbeireden. Das Thema wie üblich vorgegeben. Kürzlich fragte man: „Unsichere Zeiten – rückt Deutschland jetzt nach links?“ Da wurden erst einmal Fakten aneinandergereiht: „Sechs Millionen Vollbeschäftigte können in diesem Land von ihrer Arbeit nicht leben“ und „Zweifel am kapitalistischen Wirtschaftssystem stehen aus Mangel an Alternativen nicht zur Diskussion“. 43 Minuten lang ging es hin und her und der Zuschauer war, wenn er nicht schon eine Sicht auf die Dinge hatte,

FF dabei DER FILM- UND FERNSEH-LINK

um 12.45 Uhr so schlau wie zu Beginn um 12 Uhr mittags. Wenn sich nach 45 Minuten die ARD anderen Dingen zuwendet, haben wir Seher aber die Möglichkeit, auf „Phönix“, zumindest

15 Minuten lang, Fragen zu stellen. Und gleich der erste Mann am Telefon sprach Klartext. Dem sehr sachlichen Frager missfiel – wie mir übrigens auch – die merkwürdige Ausgangstheese dieser Sonntagsrunde. „Links“ stehe also in Deutschland für „unsichere Zeiten“? Und er zog den Um-

kehrschluss, dass dann doch wohl in Deutschland die sicheren Zeiten anbrächen, wenn es extrem weiter nach „rechts abdrifte“? Da waren die Herren Chefredakteure aber verblüfft. So war das Thema natürlich nicht gemeint. Na gut, vielleicht merken sie es schon gar nicht mehr, denn es passt ja ins Bild, wenn sich alles was regieren möchte in der Mitte drängt. Und „links“ offenbar sofort mit Ernst Buschs: Links, links, links, die Trommel werden gerührt ... der Rote Wedding marschiert ... als „verurteilenswerte Kampfansage“ empfunden wird. Im „Presseclub“ protestierte ein wacher Zuschauer. In Hessen und Niedersachsen stimmten die Leute trotz Kochrezept „Ypsilanti gleich Kommunismus“ für die LINKE und die SPD. Wähler richten sich offenbar nicht nach den Gefahrenszenarien, die gewisse Strategen suggerieren.

Linke Gefahr?
von
Michael Zock

„Titus“ Musikalisch großartig, szenisch beliebig

Mozarts Spätwerk „La Clemenza di Tito“ („Titus“) wurde (nicht nur) in der DDR von Musikhistorikern und -kritikern verkannt. Der auf Pietro Metastasio zurückgehende Text betreibt keine Fürstenverherrlichung, sondern stellt einen gütigen, mildtätigen römischen Kaiser als Idealbild dar. Die Verantwortlichen der Leipziger Neuinszenierung, vor allem der britische Dirigent Christopher Hogwood, nehmen das Werk ernst und führen es ungekürzt auf.

Vor allem Kathrin Göring bezaubert und erschüttert in der Partie des Sextus. Sie durchleidet alle seelischen Qualen dieses eng mit Titus befreundeten Jünglings, der sich von der angebeteten Vitellia zum Mordanschlag auf den kaiserlichen Freund verleiten lässt. Den Weg der sich von Titus zurückgesetzten fühlenden herrschsüchtigen Vitellia vom Mordauftrag bis zum Schuldbekenntnis vor Titus gestaltet Marika Schönberg ebenso eindringlich. Mit stark berührender gesanglicher Gebärde bitten Gabriele Scherer als Annus und Susanne Andersson als Servilia Titus um Milde gegenüber Sextus. Bei all diesem stimmlichen Zauber hat es Rainer Trost mit seiner schlanken, kühl wirkenden Tenorstimme als Titus nicht leicht. Als Präfekt Publius leistet Pavel Kudinov das gesanglich Mögliche.

Unter Hogwoods feinsinniger Leitung setzt das Gewandhausorchester die Prinzipien der historischen Aufführungspraxis souverän um. Ein Problem bleiben die langen, in der italienischen Originalsprache gesungenen Rezitative, deren Verständnis unerlässlich ist. Da wäre es gescheiter, die Rezitative wie einst wieder deutsch singen zu lassen.

Die szenische Gestaltung lässt leider Wünsche offen. Dass sich anfangs Vitellia im Bikini in einem Bad präsentieren muss, soll wohl ein Gag sein, der besagt, so was können wir auch. Es zeugt nicht von sonderlicher Fantasie, wie Derek Gimpel nach einer Regie von Francisco Negrin die Sänger, zumal den Chor führt. Wie inzwischen weithin Mode präsentieren die Kostüme einen stillen Mischmasch.

Doch die insgesamt hohe musikalische Qualität lohnt einen Besuch in Leipzigs Oper.

• W. W.

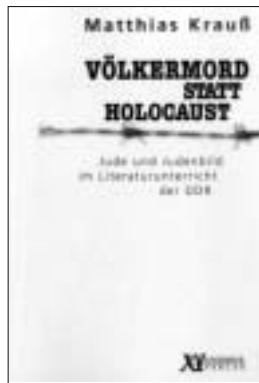
DDR-Schule, Judentum und Antisemitismus

Eine fundierte und umfassende Polemik zu den absurden Antisemitismus-Vorwürfen gegen die DDR ist längst fällig. Jetzt liegt als ein Beitrag dazu eine Publikation vor, in der auf einem maßgebenden Gebiet – der Erziehung der jungen Generation – mit der Widersinnigkeit derartiger Behauptungen gründlich aufgeräumt wird.

Der Disput beginnt beim Begriff des Holocaust, den einige Eiferer im Sprachgebrauch der DDR vermessen und darauf ihre Attacken gründen – einem Begriff, der in der BRD erst ab 1979 nach einer USA-Fernsehserie in Mode gekommen ist, der von den Juden in der Regel nicht gebraucht wird und der, ausgehend von seinem Ursprungssinn (Form eines göttlichen Tieropfers), die Realität nur nebulös widerspiegelt.

Der Nachweis einer eingehenden und angemessenen Beschäftigung mit Judentum und Antisemitismus im Deutschunterricht ist erdrückend. Dabei werden kritische Aspekte durchaus nicht ausgespart. Den Hauptteil der Publikation bilden Analysen zu den Werken, die die Lehrpläne der Klassen 6 bis 10 vorsehen, zu ihren Autoren und zur Unterrichtspraxis. Es handelt sich um Lessings „Nathan der Weise“, Feuchtwangers „Geschwister Oppermann“, Seghers' „Siebtes Kreuz“, Apitz' „Nackt unter Wölfen“, Wolfs „Professor Mamlock“, Bechers „Abschied“, mehrere Werke Arnold Zweigs, Hochhuths „Stellvertreter“, Beckers „Jakob der Lügner“ und eine Reihe weiterer Schriften.

Kaum zu beantworten, so der Autor, sei die Frage, inwieweit ein solches Angebot Persönlichkeiten massenhaft prägte und welchen Einfluss es wirklich ausübte, welche Rolle die Lehrpersönlichkeit und spätere Einflüsse spielten. Fraglich sei auch, „inwieweit damals angelegte geistige Depots als Restbestände weiter verkümmern



oder sich kräftigen“. Ungewiss sei auch, ob die in der heutigen Schule heranwachsende Generation die in sie gesetzten Erwartungen erfüllen wird.

Ein umfangreicher Anhang bietet ergänzende Materialien, wie ein Streifzug durch die Buchproduktion der DDR zum Thema (Belletristik und Sachbücher), Betrachtungen zum offiziellen und geschichtswissenschaftlichen Blick auf das Thema Juden/Israel, zu Ernst Blochs Schrift „Altneuland, Programm des Zionismus“, zu einer Publikation aus dem Jahre 1988 über „Jüdische Bürger in der DDR“, zu einer Veröffentlichung Johannes Bobrowskis und letztlich zur Politik der DDR gegenüber Israel.

Es folgen Übersichten zu Werken jüdischer Autoren in Schulbüchern der DDR und zu den ausgewerteten Lehrplänen sowie eine Auswahl von Büchern zum Thema und ein Beitrag über eine Wiederaufführung des mehrteiligen Films „Die Bilder des Zeugen Schattmann“ nach dem Buch von Peter Edel im Potsdamer Filmmuseum.

• K. R.
Matthias Krauß: *Völkermord statt Holocaust. Jude und Judenbild im Literaturunterricht der DDR. Anderbeck Verlag, Anderbeck 2007. 203 Seiten, 17 Abb., Preis 14,80 Euro*

Ich kenne dich als einen widerpenstigen Schriftsteller.“ Peter Sodann fasst in seiner Gratulation zum 75. Geburtstag von Erik Neusch, im Jahr 2006, dessen literarische Bilanz zusammen. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat sich im Rahmen eines literaturwissenschaftlichen Kolloquiums mit dem Schöpfer heftig diskutierter Romane und Erzählungen auseinandergesetzt. Die Ergebnisse liegen nun gedruckt vor und erlauben einen kennehrhaften Blick auf das Werk eines der bekanntesten Schriftsteller der DDR.

Erinnert sei an „Spur der Steine“ (1964), dessen Filmfassung in einem kulturpolitischen Skandal

Erich, Zweitältester einer siebenköpfigen Familie rettet mit Studiumabbruch seiner in der Weltwirtschaftskrise ruinierten Familie das Überleben. Er arbeitet hart, fällt aber im Grunde erst einmal ziemlich weich in den Schoß einer Farben- und Lackfirma. Die Tochter des Chefs, Nora, wird seine große Liebe und seine Frau. Die stützt ihn bis zu seinem frühen Tod, als ihn seine im ersten Weltkrieg zugezogene Krankheit, von der er lange nichts ahnt, einholt.

Kleinbürgertum und eher bloß „größeres Bürgertum“ treffen im frühen 20. Jahrhundert der Weimarer Republik aufeinander und lassen den heraufziehenden Faschismus schon ahnen. Die Autorin weiß, wovon sie schreibt, die

Eine kleine Sensation ist die erstmalige vollständige Herausgabe des Reisetagebuches August von Goethes. Der Sohn des Dichtersterns reiste zusammen mit seiner Frau Ottilie im Mai und Juni 1819 nach Berlin, Dresden und in die Sächsische Schweiz. Die Reise wurde maßgeblich von Johann Wolfgang von Goethe beeinflusst und geplant. August sollte alte Verbindungen des Vaters festigen und ausbauen sowie für ihn Eindrücke und Erlebnisse aufsaugen. Regelmäßig schreibt seinem Vater und führt ein detailliertes Tagebuch. Bereits die Schilderung des Beginns der Reise vermittelt einen Eindruck von Augusts Begeisterung: „Früh 6

Tiefe Spuren

endete, oder an seinen Romanzyklus „Der Friede im Osten“ (1974-1987). Beobachter, Weggefährten, Kollegen und Literaturwissenschaftler nähern sich in kleinen Aufsätzen dem Werk und der Biographie des Schriftstellers. So setzt sich Günter Görlich mit dem in seinen Augen wichtigsten Werk „Spur der Steine“ auseinander und Klaus Höpcke, ehemaliger stellvertretender Kulturminister der DDR, macht Lust und Neugier auf eine Wieder-Beschäftigung mit den Büchern der vergange-

nen Welt. Natürlich kommt Erik Neusch auch selbst zu Wort. Und hier beginnt die Vorfreude, denn es ist ein Auszug aus dem Manuskript des fünften Teils von „Der Friede im Osten“ abgedruckt, mit einem Ausblick auf den sechsten Teil.

• D. M.
Klaus-Detlef Haas (Hrsg.): *Wie Spuren im Stein. Das literarische Werk von Erik Neusch. Karl Dietz Verlag (Reihe: Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd 34) Berlin 2007, 80 S., br., 9,90 Euro.*

Familienschicksal

Geschichte ihres Vaters, ihrer Familie gab den Stoff und die vielen Milieudetails für dieses Sittenbild. Familienzusammenhalt als Wert, um soziale Tiefschläge zu überleben, das ist die ganze Botschaft. Der historische Hintergrund dabei Illustration, vage angedeutet in der Geschichte des großen Bruders. Die handelnden Personen sind nicht wirklich verstrickt in die unheimlichen Vorgänge dieser Zeit.

• M. W.

Renate Krausnick-Horst: *Ein kurzes Leben. Mitteldeutscher Verlag, Halle 2007. 311 S., Leinen, 20 Euro.*



Ein gehobener Schatz

Uhr fuhren Ottilie und Ich, nach einem etwas wehmütigen Abschied, von Weimar ab; es war ein heiterer Morgen. Alles Grün frisch und es lockte einen wirklich in die Welt hinein. Der Postillon, ein heiterer Bursch, schmeterte im Weibicht mit den Nachtigallen um die Wette und so kamen wir denn schon ½ 9 Uhr nach Eckardtsberge.“ Gabriele Radecke, Literaturwissenschaftlerin und Herausgeberin, hat die Edition des Tagebuches mit zahlreichen unveröffentlichten aber auch den Kontext erläuternden, bereits veröf-

fentlichten Briefen versehen. Ein neugierig machendes Vorwort und umfangreiche Texterläuterungen seitens der Herausgeberin ergänzen das Tagebuch. August von Goethes Reisetagebuch ist ein historischer und literarischer, aber auch höchstpersönlicher Spiegel des frühen 19. Jahrhunderts. Mit dieser Veröffentlichung hat der Aufbau Verlag einen Schatz gehoben.

• D. M.
August von Goethe: *Wir waren sehr heiter. Reisetagebuch 1819. Aufbau Verlag, Berlin 2007, 334 S., geb., 24,95 Euro*

Das Buch zerreißt Lügengespinste, die uns täglich einzuwickeln versuchen. An die Stelle eines vielfach nur dumpfen Gefühls des Widerspruchs zur Alltagserfahrung setzt es mit profunder Analyse und messerscharfen Fazits Handlungsalternativen. Entblößt werden die Lüge vom Sparzwang, die Lohndumping-Lüge, die zu niedrigen Tarifabschlüssen und Billiglohn drängt, und die Privatisierungslüge, die behauptet, dass Privatisierung und Abbau staatlicher Regulierung zu Wachstum und Wohlstand führen.

Sahra Wagenknecht, Europaabgeordnete und Bundesvorstandsmitglied der Linkspartei, und ihre sechs ausgewiesenen Mit-

Mythen, Fakten und Alternativen

autoren haben sich die Sache nicht leicht gemacht: sie bleiben nicht bei Oberflächenercheinungen stehen und beschränken sich nicht auf Beispiele, die ihre Thesen zu Reichtum und Armut stützen, sondern verarbeiten eine umfangreiche Literatur und eine Fülle statistischen und anderen Faktenmaterials. Dabei wird die wissenschaftliche Akribie mit einer eingängigen und anschaulichen Darstellung verbunden.

Das Thema Reichtum und Armut ist in eine Reihe konkreter Aspekte aufgelöst: Die zerrissenen Netze des Sozialstaates

(Christoph Butterwegge, Michael Klundt), Moderne Raubzüge – Der Fall der Berliner Sparkasse (Wagenknecht), Mythos Wettbewerb (Lydia Krüger), Ungelöste Probleme des Euro (Hansjörg Herr), Steuerdumping in der EU (Wagenknecht), Mehr Ausbeutung statt mehr Arbeit (Heribert Kohl), Wem gehört die Europäische Union? (Hans-Jürgen Kraysmanski), Alternativen zu Sozialdumping und Privatisierung (Wagenknecht). Die generelle Schlussfolgerung im letzten Kapitel ist zwingend bewiesen: „Infrage steht und in Frage gestellt werden muss, wie



sinnvoll eine Wirtschaftsordnung ist, die der großen Mehrheit einen Dumpingwettbewerb um immer schlechtere Lebensbedingungen aufzwingt, während sie eine verschwundene Minderheit auf unverschämte Weise privilegiert.“

Die über die Ablehnung des Bestehenden hinausgehenden Gedanken zu realisierbaren Alternativen, die an vielen Stellen der Publikation dargelegt werden geben ihr einen konstruktive Note.

• G. L.
Sahra Wagenknecht (Hrsg.): *Armut und Reichtum heute. Eine Gegenwartsanalyse. edition ost, Berlin 2007. 287 S., 14,90 Euro*

KALENDERBLATT

Vor 100 Jahren geboren

Olga Benario

Die Geschichte eines tapferen Lebens – diesen Untertitel gab Ruth Werner ihrem Buch über Olga Benario, die am 12. Februar 1908 in einer jüdischen Anwaltsfamilie in München geboren wurde und nach über fünf Jahren Haft am 23. April 1942 in der Gaskammer der NS-Tötungsanstalt Bemburg umkam. Abschätzig schreibt „Die Welt“: „Die Kommunistin Olga Benario war die jugendlich schöne Nationalheilige der DDR, in deren Leben sich am erbaulichsten die Poesie des revolutionären Kampfes manifestierte.“ Wirkliche Heldinnen – selbstbewusst, leidenschaftlich und mutig wie sie – sind solchen Schreibern eben nur schwer vorstellbar.

Olga Benario trat ins politische Leben ein, als nach der russischen Oktoberrevolution der Traum von einer nahen Weltrevolution viele Köpfe erfüllte. Ein Grundstein für ihre Weltanschauung war die Lektüre von Anwaltsakten ihres Vaters über verurteilte Linke. 1925 ging sie mit ihrem Lebensgefährten Otto Braun (1961–1963 1. Sekretär des DDR-Schriftstellerverbandes) nach Berlin, arbeitete hier für den kommunistischen Jugendverband, die KPD und die sowjetische Handelsmission. 1928 war sie maßgeblich beteiligt an der Befreiung Brauns, der des Hochverrats angeklagt war, aus dem Gefängnis Moabit. Beide flohen nach Moskau. Olga wurde Instrukteurin der Kommunistischen Jugendinternationale. 1931 trennten sie sich.

1934 wurde sie als Frau von Luis Carlos Prestes, dem späteren Generalsekretär der KP Brasiliens, nach Rio de Janeiro geschickt, um an seiner Seite an der Vorbereitung des Aufstandes gegen den Diktator und Hitler-Verehrer Vargas mitzuwirken. Der Aufstand im November 1935 wird blutig niedergeschlagen. Die Polizei verhaftet beide das Jahr darauf und liefert Olga Benario-Prestes im September 1936 an Nazi-Deutschland aus. Zwei Monate später gebar sie im Gefängnis ihre Tochter Anita.

Die Erinnerung an Olga Benarios starke und integere Persönlichkeit wird auch heute vielfältig wachgehalten. Besonders in Ostdeutschland tragen nach wie vor viele Straßen und Einrichtungen ihren Namen. 2004 entstand ungeachtet vieler Schwierigkeiten ein Dokumentarfilm über sie. Er erschien auch als DVD und die Lieder daraus auf einer CD. Im gleichen Jahr hatte ein Spielfilm *Olga* in Brasilien großen Erfolg, der 2006 gekürzt auch in deutschen Kinos lief. Der Verlag Neues Leben legte 2006 Ruth Werners biografischen Roman von 1961 neu auf. Ebenfalls 2006 wurde die Oper *Olga* eines brasilianischen Komponisten uraufgeführt. • G. L.

Am 3. Februar 1943 sendete der Reichsrundfunk eine Meldung, die zutiefst bewegte: „Der Kampf um Stalingrad ist zu Ende. Ihrem Fahnen bis zum letzten Atemzug getreu, ist die 6. Armee unter der vorbildlichen Führung von Generalfeldmarschall Paulus der Übermacht und der Ungunst der Verhältnisse erlegen.“

Deutschland hatte die schwerste militärische Niederlage seiner Geschichte hinnehmen müssen. Annähernd 300 000 Soldaten waren in der Wolgastadt Stalingrad aufgerieben worden: gefallen, verwundet oder gefangenengenommen. Alle Zeitungen erschienen mit Trauerrand. Hitler ordnete eine viertägige Nationaltrauer an. Konzertsäle, Kinos und Theater blieben geschlossen. Die endgültige Wende des Zweiten Weltkrieges war perfekt. Es begann die Götterdämmerung des Hitlerreiches.

Am 18. Februar 1943 veranstaltete die Naziführung im Berliner Sportpalast jene gespenstische Show, auf der Propagandaminister Goebbels einer aufgepeitschten Menge die Frage entgegenbrüllte: „Wollt ihr den totalen Krieg?“ und damit die Weichen stellte für die Fahrt mitten hinein in den endgültigen Wahnsinn. Genau an diesem Tag wurden die Studenten Hans und Sophie Scholl beim Verteilen von Flugblättern im Lichthof der Universität München verhaftet.

Als Hitler an die Macht kam, war Hans Scholl 14, seine Schwester Sophie 11 Jahre alt. Die deutschen Universitäten waren „gleichgeschaltet“. Unliebsame Amtsinhaber wurden durch Nazianhänger ersetzt. An nicht wenigen Instituten waren es sogar Studenten, die jüdische oder linke Professoren vertrieben. Doch nach den

Vor 65 Jahren wurden die Geschwister Hans und Sophie Scholl verhaftet

Todesstrafe für sittliche Verantwortung

militärischen Debakeln an der Ostfront ab Dezember 1941 regte sich Widerstand, auch an der Münchener Universität: Einige Studenten und der Philosophieprofessor Kurt Huber begannen, den Krieg und das Naziregime anzuprangern. Sie wirkten als kleine Gruppe unter der Bezeichnung *Weißer Rose*, verfassten und verbreiteten vor allem in Süddeutschland Flugblätter. Hans Scholl – in den Semesterferien 1942 mit der Münchener Studentenkompanie an die Ostfront abkommandiert – erlebte wie seine Kommilitonen das Grauen des Hitlerischen Vernichtungskrieges. Die *Weißer Rose* rief zu passivem Widerstand und zur Sabotage in Rüstungsfabriken auf. 1942 beklagte sie die „Endlösung der Judenfrage“ als das fürchterlichste Verbrechen an der Würde des Menschen, ein Verbrechen, dem sich kein ähnliches in der ganzen Menschenschichte an die Seite stellen kann.

Unverblümt wurden die Verbrechen des Nazistaates benannt.

Waren die ersten Flugblätter noch gezielt an wenige Empfänger per Post versandt worden, so verteilte die *Weißer Rose* im Januar 1943 zwischen 6 000 bis 9 000 Exemplare ihrer fünften Schrift in ganz Deutschland. Sophie Scholl war erstmals an der Herstellung eines Flugblattes beteiligt. Darin hieß es u. a.: „Der Krieg geht seinem sicheren Ende entgegen ... Die Arbeiterschaft muss durch einen vernünftigen Sozialismus aus ihrem Zustand niedrigster Sklaverei befreit werden ... Freiheit der Rede, Freiheit des Bekenntnisses, Schutz des einzelnen Bürgers vor der Willkür verbrecherischer Gewaltstaaten, das sind die Grundlagen des neuen Europa.“

Das sechste Flugblatt – vor dem Hintergrund der Schlacht um Stalingrad abgefasst – richtete sich besonders an die Münchener Studentenschaft: „Erschüttert steht unser Volk vor dem Untergang der Männer von Stalingrad. Es gibt für uns nur eine Parole: Kampf gegen die Partei! ... Heraus aus den Hörsälen der SS-Unter- oder Oberführer und Parteikriecher. Es geht uns um wahre Wissenschaft und echte Geistes-

freiheit! Kein Drohmittel kann uns schrecken, auch nicht die Schließung unserer Hochschulen. Es geht um den Kampf jedes einzelnen von uns, um unsere Zukunft, unsere Freiheit und Ehre in einem seiner sittlichen Verantwortung bewussten Staatswesens.“

Als Hans und Sophie Scholl am 18. Februar 1943 in einem Koffer und einer Aktentasche mitgebrachte Exemplare des sechsten Flugblattes der Gruppe in den Lichthof des Universitätsgebäudes warfen, überraschte sie ein Hausmeister und übergab sie der Gestapo. Hans und Sophie Scholl sowie vier ihrer Kameraden wurden verhaftet.

Nach einem kurzen Prozess verurteilte sie (sowie den 23-jährigen Christoph Probst) der Volksgerichtshof unter dem Blutrichter Roland Freisler – extra eingeflogen aus Berlin – am 22. Februar 1943 zum Tode. Noch am selben Tag wurden sie enthauptet. Im April erging das Todesurteil gegen Willi Graf, Alexander Schmorell und Professor Kurt Huber, auch sie wurden hingerichtet.

Die Geschwister Scholl und die anderen Mitglieder der *Weißer Rose* – eine ähnliche studentische Gruppe entstand Ende 1942 an der Universität Hamburg – opfereten ihr Leben im antifaschistischen Widerstand zur Ehre des deutschen Volkes, das in seiner Mehrheit dem Hitlerregime bis zum Abgrund folgte.

• WINFRIED STEFFEN

Richtigstellung: Das Zitat im Beitrag „Leipzig im Jahr 1933“ (LN 2'08) im drittletzten Absatz heißt richtig: „Die Kirchen haben den Führergedanken übernommen und alles demokratisch-parlamentarisch Westliche überwunden“. Wir bitten den Übertragungsfehler zu entschuldigen.

Was sich hinter LEIPZIGER STRASSENAMEN verbirgt (59)

Es ist selten, dass drei, ehemals sogar vier Straßennamen den gleichen Ursprung haben. Das trifft auf die Johannisstraße, die Johannisgasse und den Johannisplatz zu. Und dazu kommt noch die einstige Hospitalstraße, die den Beginn der heutigen Prager Straße ausmacht.

Sie alle haben ihren Ursprung in einem Ensemble von Hospital, Kirche und Friedhof vor dem Grimmaisichen Tor, wobei das Ursprünglichste des Johannishospital war. Seine Überreste wurden erst 1928 für einen Erweiterungsbau des Grassimuseums abgerissen. Erstmals erwähnt wurde das Johannishospital bereits 1278. Damals verkaufte ein Krämer vier Morgen Land an „Aussätzige“, also Leprakranke. Diese durften, gleich welchen Standes sie waren, zum Schutz der Stadt vor Epidemien nur vor den Toren leben und bildeten hier eine „Genossenschaft“. Und wo ein Leprosanienhaus war, dort entstand auch bald ein Friedhof (Johannisfriedhof) und folgerichtig auf diesem eine Kapelle. Diese Kapelle war Johannes dem Täufer gewidmet, dem Vorgänger Jesu, der diesen taufte und nach dem Tanz der Salome enthauptet worden war. Er galt als der Schutzheilige der Leprakranken. Die erste Erweiterung des Friedhofs erfolgte 1476 als festgelegt wurde, dass nur

noch ausgewählte Bürger Leipzigs innerhalb der Stadtmauern beigesetzt werden dürfen, und die nächste dann 1536, als der Friedhof zur alleinigen Begräbnisstätte der Stadt wurde. 1883 erfolgte die letzte Beisetzung. Der Alte Johannisfriedhof ist heute eine sehenswerte denkmalgeschützte Anlage mit vielen denkmalgeschützten Grabmalen, auch

**Johannisallee
Johannisgasse
Johannisplatz**

solchen, die vom Neuen Johannisfriedhof umgesetzt wurden. Dieser Neue Johannisfriedhof, eine Erweiterung des Alten Johannisfriedhofs, wurde 1973 bis 1975 säkularisiert und 1983 der Öffentlichkeit als Friedenspark übergeben.

Aus der Johanniskapelle ging die Johanniskirche hervor, an der einst Bach wirkte und in dem Bach und Gellert zeitweilig ihre letzte Ruhe fanden. Das Kirchenschiff wurde beim Bombenangriff 1943 zerstört, der Turm 1963 abgetragen.

Die Straßen rund um Friedhof, Hospital und

Kirche erhielten natürlich ihre Namen nach diesem herausragenden Ensemble. Dabei hat die nach Zerbombung und Neugestaltung des Gebietes zur Sackgasse gewordene Johannisgasse die geschichtlich größte Bedeutung. Bereits 1696 wurde sie als „Bettelgasse“ erwähnt. Später war sie die erste kleine Ausfallstraße mit geschlossener Häuserzeile und beherbergte vor allem die Töpfer, die wegen der Feuergefahr außerhalb der Stadtmauern arbeiten mussten. Später dann als „Totengäßchen“ benannt, erhielt sie bereits 1887 ihren endgültigen Namen. Vier Jahre früher schon wurde der durch das Grassimuseum dominierte Johannisplatz benannt. Auch die Johannisallee hieß in Teilen seit 1887 so, wurde aber 1950 durch die Einbeziehung der Großgörschenstraße wesentlich länger. Die ehemalige Hospitalstraße, die ebenfalls nach dem Johannishospital benannt wurde, floss 1950 als Teil in die Leninstraße (heute Prager Straße) ein. Das Johannishospital gab auch dem Johannistal und damit der ersten großen Leipziger Kleingartenanlage ihren Namen, denn die ehemalige Sandgrube gehörte diesem Hospital. Anders verhält es sich mit der Dölitz-Dörsener Johannishöhe, die 1927 nach einer Erhebung bei Dörsen benannt wurde.

• DIETER KÜRSCHNER



Von
**KLAUS
HUHN**

Als ich die Nachricht las, kam mir ein Abend in den Sinn, den ich vor Jahr und Tag mit einem hohen bundesdeutschen Polizeioffizier bei gutem Bier verbrachte. Ja, zu DDR-Zeiten und – wenn es auch heutzutage, da täglich daran gestrickt wird, der DDR ein Teufelswams zu verpassen, kaum jemand glauben mag – ich hatte deswegen keinen Ärger. Und der Polizeioffizier, so versicherte man mir irgendwann, hatte auch keinen. Die Begegnung hatte während der Niedersachsen-Rundfahrt 19XY stattgefunden und in den Sinn kam mir die Affäre, als ich las, dass die Niedersachsen-Rundfahrt 2008 wohl nicht stattfinden wird. Zunächst zu dem Abend mit dem Obristen. Der Veranstalter der Niedersachsen-Rundfahrt hatte mich – einen der Organisatoren der Friedensfahrt – als Ehrengast eingeladen und eines Abends gefragt, ob ich Hemmungen hätte, mit einem hohen Polizeioffizier ein Gespräch zu führen. Es war niemand in der Nähe, den ich hätte fragen können, ob Hemmungen angeraten wären und die Friedensfahrt stand schließlich im Ruf, weltoffen zu sein. Also: sagte ich zu. Wir wurden in dem Restaurant, in dem der Bürgermeister seinen Empfang gab, platziert und zwar – zufällig? – an einem Tisch mit nur zwei Stühlen. Vom Bier sprach ich schon und auch das servierte Menü war mehr als Bockwurst mit Kartoffelsalat. Was der Offizier von mir wollte? Nur erfahren, wie die Volkspolizei der DDR – der Uniformierte hatte keinerlei Hemmungen beide Begriffe auszusprechen – während der Friedensfahrt den Kontakt zu den Organisatoren pflegt. Es musste in Niedersachsen irgendwelchen Streit darüber gegeben haben, wo die Grenzen zwischen Polizeibefehlen und Direktiven der Organisatoren verlaufen. Das hatte den Offizier bewegen, sich ausgerechnet von einem DDR-Bürger beraten zu lassen und deshalb unser Gespräch zu führen.

Ich gestehe: Ich verriet ihm alles! Es begann damit, dass er erfuhr, wer alles Mitglied des Organisationskomitees der Friedensfahrt ist und demzufolge mit am Tisch sitzt, wenn die Fahrt vorbereitet wird. Es war ein großer Tisch, an dem das Rote Kreuz ebenso seinen Stuhl hatte, wie das Volksbildungsministerium. Ich verriet ihm auch, wie die Kompetenzen verteilt waren, wer wo was zu sagen hatte und wer nicht. Das funktionierte bei der Friedensfahrt ziemlich reibungslos, ungeachtet der Tatsache, dass die Fahrt auch durch Polen und die Tschechoslowakei rollte und die dortigen Polizisten ebenso wenig deutsch sprachen, wie wir polnisch. Der Mann in der bundesdeutschen

den, aber bei anderen Rennen sind die Sponsoren angestiegen: So bei der Niedersachsen-Rundfahrt, bei der Drei-Länder-Tour, die früher Hessen-Rundfahrt hieß, bei der Rheinland-Pfalz-Rundfahrt, bei der hundert Jahre alten „Rund um die Hainleite“. Hilferufe kamen inzwischen auch von der Regio-Tour in Südbaden, „Rund um Köln“ signalisierte Geldnöte und Knete fehlt auch bei „Rund um den Henninger Turm“. Das alle geschieht in einer Zeit, in der Politiker jeden Tag den wirtschaftlichen „Aufschwung“ feiern und versichern, dass er unvermindert anhält. Das Motiv, das die absagenden Sponsoren ins Feld führen, lautet „Doping“. Nicht etwa hier ein einsamer Sünder und dort einer, sondern „flächendeckend“ wurden im Bundesgebiet Gift und abgefülltes Blut entdeckt. Nachdem die Medien das Thema erst einmal „entdeckt“ hatten, wurden reihenweise geständige Sünder präsentiert.

Sportkolumne

Auszug der Sponsoren

Polizeiuniform mit den stattlichen Schulterstücken bedankte sich am Ende und ging seiner Wege. Übrigens nicht ohne sich einiges aufgeschrieben und bekannt zu haben, dass man dieses oder jenes Beispiel vielleicht künftig nachahmen würde.

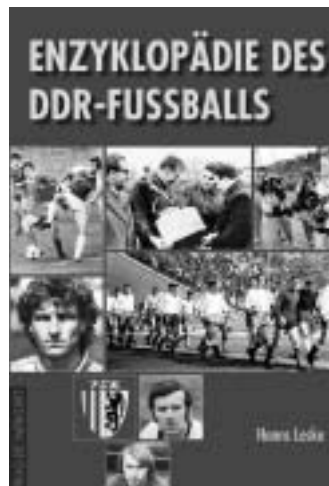
Wie schon erwähnt: Die Begegnung liegt Jahre zurück, aber nun sind beide Rennen vom gleichen Schicksal betroffen: Sie finden vorläufig nicht mehr statt! Bei der Friedensfahrt war das kein Wunder. Das Rennen stand im Ruf eines „politischen“ Rennens aus dem Erbe der DDR, dessen Reglementpräambel die Begriffe „Völkerfreundschaft“ und „Frieden“ enthielt. Natürlich betont man auch in der Bundesrepublik rund um die Uhr, für Völkerfreundschaft und Frieden zu sein, aber man schreibt es nicht in die Regeln. Unvergessen die gleich nach 1990 erfolgte Umbenennung: Das Rennen durfte nicht mehr Friedensfahrt heißen, sondern „Course de la paix“. (Das ist Französisch und heißt übersetzt: Friedensfahrt ...) Später folgten Maßnahmen, die das Rennen bald ins Schleudern geraten ließ und letztes Jahr strichen Sponsoren bis hin zum Fernsehen endgültig die Gelder und also fiel die Fahrt aus. Statt der Friedensfahrt inszenierte man flugs eine „Deutschlandfahrt“. Die soll auch dieses Jahr stattfin-

Und darüber scheint in Vergessenheit geraten zu sein, was über Jahre hinweg beteuert worden war: Doping war in der DDR erfunden worden, Doping war in der DDR an Kinder verteilt worden, kurzum: Doping war DDR-Monopol! Als man 1990 nicht genügend „Täter“ fand, die als Aushängefiguren für den „Unrechtsstaat“ DDR gehalten sollten, installierte die oberste Regierungsjagd-Kommission ZERV ein besonderes Kommando, das die DDR-Dopingstünder verfolgte. Medaillen, die die DDR erkämpft hatte? Alle dem Doping zuzuschreiben! Ärzte wurden allerdings – wegen fehlender Beweise – nicht verurteilt, sondern aufgefordert, Ärger zu vermeiden und vorsichtshalber einen „Deal“ mit den Richtern zu schließen. Freiwillig bezahlte Geldstrafen wurden zur Regel. Und heute? Die DDR scheint auf diesem Feld in Vergessenheit geraten zu sein. Die Absage der Niedersachsen-Rundfahrt wegen der massiven Dopingvorwürfe – und zwar „flächendeckender“ – ließe sich allerhöchstens noch der DDR ankreiden, wenn sich jemand jenes Treffens erinnern würde, dass jener Polizeioffizier einst mit mir hatte. Unter uns: Der Polizeioffizier ist mir zwar nur in dunkler, aber doch guter Erinnerung und ich rechne nicht damit, dass er morgen im Fernsehen auftritt und ein „Geständnis“ ablegt ...

Er zählte zu den größten Fußballern in der DDR. Er spielte 100 mal für die Nationalmannschaft der DDR. Für Dynamo Dresden war er an 65 Europacup- und fast 400 Oberligaspielen beteiligt. Liest man in der von Genschmar und Pätzug herausgebrachten Biografie, erfährt man viel über die Geschichte Dynamo Dresdens. „Dixie“ Dörner, wie ihn seine Freunde und Fans schon seit Kindheitstagen nannten, hatte und hat in seinem Leben nur zwei Lieben – Dynamo Dresden und seine Frau Eva. Die Liebe zu Dynamo zeigt mehrere Brüche und beginnt mit seinem viel zu frühen und unerwarteten Abschied vom Leistungssport im Jahr 1986. Der Libero Dörner passte nicht mehr ins Konzept der Verantwortlichen bei Dynamo Dresden. Ein Wechsel zu einem anderen Verein im DDR-Fußball – eigentlich üblich für erfolgreiche Spieler, damit sie ihre Karriere auslaufen lassen können – oder gar wie heute, ein Abschiedsspiel, sind Fehlanzeige. Der geradlinige Spieler Dörner wird sozusagen über Nacht Trainer im Nachwuchsbereich. Im Nachhinein gesehen vielleicht ein Vorteil. Denn einige Jahre später, nach der Wiedervereinigung, gehört „Dixie“ zum Trainerstab beim Deutschen Fußballbund. Dort ist er sechs Jahre Nachwuchstrainer unter anderem beim späteren Nationaltrainer

Sichten auf den DDR-Fußball

Berti Vogts. Warum der 60fache Kapitän der DDR-Nationalmannschaft nicht während der WM 1974 gegen Vogts, Beckenbauer und all die anderen Fußball-Stars antreten



durfte, steht ebenfalls in dem Buch. Nichts wurde ausgelassen, auch das Thema MfS oder die Geschichte um die Suspendierung der Dresdner Nationalspieler Peter Kotte, Matthias Müller und



Gerd Weber nicht. Im Gegensatz zu vielen anderen Veröffentlichungen zu dieser Problematik zeigen sie diesen Teil der Dörner-Biografie und Dynamo-Dresden-Geschichte im Kontext mit der damaligen Entwicklung in der DDR.

Im zweiten Buch, der „Enzyklopädie des DDR-Fußballs“ geht Hans Leske der Frage nach, „wer hat in der DDR an der Fußballgeschichte wie mit geschrieben?“ Er vereint etwa 4000 Fußballerbiografien und 200 Vereinsporträts von Mannschaften der Bezirksklasse bis hin zur Oberliga. Die Spielerporträts beginnen mit „A“ wie Aab. Er war Stürmer und spielte in der Bezirksliga bei der BSG Fortschritt West Leipzig (1980-84) und der BSG Stahl Nordwest Leipzig (1984-86). Mit Jürgen Croy, Peter Ducke, oder dem Ex-Chemiker Hartmut Pelka sollen nur einige genannt sein, an die in diesem Buch erinnert wird.

• R. FIEBELKORN

Jens Genschmar/ Veit Pätzug: *Der Dirigent*. Verlag Die Werkstatt, Göttingen 2007. 352 Seiten, 24,90 Euro

Hans Leske: *Enzyklopädie des DDR-Fußballs*. Verlag Die Werkstatt, Göttingen 2007. 592 Seiten, 34,90 Euro

Zu: LN 2'08: „Nie wieder Kinderknäse“

Sklaven bis in die Neuzeit

Herzlichen Dank für den Bericht von Wolfgang Focke. Es ist gut und bitter nötig, in dieser Detailtreue an die Kinderheimpraxis der „Wirtschaftswunderjahre“ zu erinnern.

Mir kam beim Lesen der Gedanke, dass die jetzige widerwärtige Boot-Camp-Debatte sicherlich nicht von ungefähr in einer Zeit läuft, in dem durch verschiedene Zwangsmaßnahmen die Arbeitskraft billiger (oder kostenlos) gemacht werden soll.

Ich habe schon öfter daran gedacht, dass keins der Gesellschaftssysteme seit dem Alten Orient ohne Zwangsarbeit auskommen konnte oder wollte. Nur die Verschleierungstaktiken wurden ausgebuffter. Man war Malocher zum Nulltarif, wenn man eine dunkle Hautfarbe hatte (auf den Baumwollplantagen in den USA), wenn man keinen festen Wohnsitz hatte oder elternlos war (in der „Armenpflege“ des 18. Jahrhunderts und der folgenden), wenn man politisch oder glaubensmäßig ein Querulant war – im Absolutismus, im Faschismus, im „demokratischen“ Kapitalismus, und auch der Realsozialismus von Stalin bis Honecker brauchte und nutzte Häftlinge für die Dreckerarbeiten.

ANNETTE LORENZ, LEIPZIG

>

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Zuschriften sind Lesermeinungen, sie können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein.
Die Redaktion

Wanderungen durch Neufünfland

DER MDR IST EINE EHRENWERTE RUNDFUNKANSTALT, aber neuerlich wurden wir in Gardelegen in einer Kneipe Zeugen eines Streits, der uns daran zweifeln ließ. Wohlgemerkt: Wir hörten davon, aber sollte der MDR auf die Idee kommen, dem Wanderer mit einer Unterlassungsklage zu drohen, beruft sich der Wanderer aufs Hörensagen! Irgendwann im Sommer soll der MDR durchs Land tingeln wollen und bei einer „Sommertour“ mit Star und Sternchen auftreten wollen. Auch Gardelegen war da im Gespräch, doch müsste die Stadt 20 000 Euro dafür aufbringen. Und obwohl die Kassen leergefegt sind, soll sich der Hauptausschuss dafür entschieden haben, die stättliche Summe hinzu-blättern. Der Bürgermeister sei einer der eifrigsten Verfechter des Spektakels und habe allen Zweiflern vorgerechnet, dass der Auftritt tatsächlich nur 14 000 Euro kosten würde und andere Befürworter versicherten, dass man durch „Sponsoring“ die Ausgaben wettmachen könne. Jedenfalls waren einige „Stadtväter“

Umweltgipfel gab es ja in der Vergangenheit zuhauf. Nur keine Änderung. Eines ist jedoch gewiss, Energie ist nicht weniger notwendig als Wasser für die Menschheit. Wo kommt Energie her und welche Art der Erzeugung schadet der Zukunft am wenigsten? Insbesondere für Grüne und einige Linke ist jegliche Produktion unerwünscht, denn jede verursacht auf ihre Weise Schäden in der Natur. Fossile Energie erzeugt die CO₂-Probleme. Solar, Wasser, Wind beeinträchtigen die Sicht auf die Natur sowie die lokale Flora und Fauna, Kernenergie ist an Gefährlichkeit nicht zu überbieten. Aber wo soll dann die Energie der Zukunft herkommen und das in ausreichendem Maße?

Unterschiedliche Meinungen und Konzeptionen verhindern eine Konzentration auf das Wesentliche, denn Produktion und Verbrauch stehen in einem engen Verhältnis. Zu fragen wäre, wie nahe Energie an den Verbraucher gebracht werden sollte, um Verluste möglichst gering zu halten, ob zum Beispiel zentrale Energieversorgung in allen Fällen noch zweckmäßig ist, oder wie man wärmegekoppelte Elektroenergie generell mehr an den Ort des Verbrauches bindet. Die ökonomische Aufspaltung in Energieerzeugung, Transport und Verteilung, jeder Schritt

Bürger von Leipzig riefen auf zum Bürgerbegehren. Das weckte auch bei mir, einem nach Sachsen mit Unterbrechungen verschlagenen Brandenburger. Also einer von denen, die in ihrer Historie einen Landesvater Friedrich II. besitzen und verehren, dazu mit Spießbrutenlauf und Schlesischen Kriegen ... Wie ist denn das passfähig mit einem demokratischen Bürgerbegehren? Nun, er konnte auch die Zügel schießen lassen. Als eine Gemeinde in Pommern ihn um einen anderen Pfarrer gebeten hatte, weil der Amtierende die Auferstehung des Fleisches leugne, schrieb Friedrich auf das Gesuch eine Randverfügung: „Der Pfarrer bleibt. Wenn er am jüngsten Tage nicht mit aufstehen will, kann er ruhig liegen bleiben.“ Mit diesem zarten Hinweis dürfte auch ich befugt sein, dem Anliegen auf seinen Plakaten mit dem „Ja“ zuzustimmen.

Natürlich kenne ich Leipzig, die Heldenstadt, ein wenig. Auch ihren Sohn Wolfgang Tiefensee, der als einziger Ostdeutscher in der 15-köpfigen Kommission neben zwei

Umweltkrise ohne Ende

mit einer Profitmaximierung verbunden, lassen die Verbraucherkosten in astronomische Summen schnellen. Wer weiß schon, dass ein Megawatt, irgend etwas zwischen 40-70 Euro in der Herstellung kostet, aber am Ende mit dem Zehnfachen abgerechnet wird. Solange Umweltbemühungen beim Verbraucher als finanzielle Belastung ankommen, ist nicht nur die fehlende gesellschaftliche Akzeptanz ein Triebkräftehindernis. Es weist auch auf ein politisches Gestrüpp von Subventions- und Verwaltungsunsinn hin, indem einzelne Unternehmen der Umweltbranche die Umweltersparnisse in ihren privaten Profit verwandeln. Das abzuändern erfordert wahrscheinlich weit mehr politischen Mut als mediale Halbwahrheiten zu verbreiten. Vielleicht ist es aber genau das politische Chaos, dass die Monopolisten der Energiebranche brauchen, um in dessen Verwirrung die Menschen abzuzocken.

Während ein DB-Zug kaum schnell genug fahren kann, um das Flugzeug einzuholen, donnert das rollende Lager über Verkehrs-

wege und hinterlässt eine Spur der Verwüstung in Natur und Umwelt. Eine ökologische Verkehrslogistik, die sämtliche Transportwege optimiert, verbunden mit einer Entwicklung und Umstellung von Verbrennungsmotoren auf Elektromotoren und Brennstoffzellen, wären der erste Punkt einer tatsächlichen erheblichen Senkung der Umweltlast.

Inzwischen sind Energieträger zum profitablen Spekulationsobjekt Nummer eins geworden, nicht nur weil sie objektiv teurer werden, sondern außerdem zur strategischen Überlebensfrage, insbesondere der USA, geworden sind. Es hat sich ja nun wirklich herumgesprochen, dass die USA die letzten Kriege nur deshalb vom Zaun gebrochen haben, weil sich in deren Windschatten die Ölmultis ausbreiten konnten. Ärgerlich ist für sie nur, dass von Russland bis in die arabischen Staaten der Widerstand wächst und die Länder ihre Naturressourcen nicht mehr an die USA verschenken wollen. Was heißt, weitere Konflikte sind vorprogrammiert.

JOCHEN SINGER, LEIPZIG

Was will das Volk?

Gewerkschaftsmitgliedern, einer vom Bundesvorstand ver.di und ein Bezirksleiter IG-Metall dem Schröder und dem Umfrageliebhaber der damaligen Deutschen, Joschka, die Vorlage für Hartz IV lieferte, damals zum 1. Januar 2005.

Heldenstadt. Eben wegen des aufmüpfigen Bürgerbegehrens liegt vor mir „Jetzt oder nie - Demokratie Leipziger Herbst 89“ vom Forum Verlag Leipzig(3). Der Autor schreibt, dass wir nicht einmal mehr Witze über die Regierung machten, sondern abgewunken haben bis zum „Ist doch sinnlos“. Es folgen dann beeindruckende Kapitel und Fotos. Darunter der 29. Oktober, als am Karl-Marx-Platz eine Vielzahl von Dialogen stattfand. Etwa 3000 Bürger diskutierten im Foyer des Gewandhauses u. a. mit Kurt Masur das Thema „Sozialistische Demokratie – aber wie?“ Und der Einband endet mit einem der damals mitgeführten Plakate „So

wie wir heute demonstrieren, werden wir morgen leben!“, erinnert an das Gutgemeinte der Weberin Frieda Hockauf vom September 1953 „So wie wir heute arbeiten, werden wir...“

In Moritzburg trafen sich im letzten Jahr 1200 vom Couleur adlig zu Spiel und Tanz. Bestimmt setzten sie ihre seit dem Herbst 89 anhaltenden modernen Überlegungen seit der Biggi-Breul-Treuhandzeit fort: „Rückgabe statt Entschädigung!“ Was das heißt, war dann im Januar auf dem Semperopernball erneut zu betrachten. Exklusiv, milliionenschwer, erweiterter roter Teppich. – „Sozialistische Demokratie – aber hier!“??? Viel Blick zurück. Nach vorne sieht es wirklich nicht euphorisch aus: mit der Rente ab 67, dem Klima, Terrorismus und Globalem ... Es sei denn, man besinnt sich auf den Herbst 1989 ...

KLAUS HORN, PER EMAIL

Wo spielt die Musik?

skeptisch und hatten keine Lust, dass die Stadtkasse dieses Sommerkonzert bezahlte.

Der MDR ließ durch Sprecher Ahrens mitteilen, dass die Kosten noch viel höher lägen und dann erfuhr man, dass eine Berliner Agentur beauftragt worden war, die Tournee zu arrangieren und die soll jetzt im Land finanzwillige Städte suchen. Der Sprecher des Senders ließ nebenbei auch wissen, dass man die betreffenden Städte „auch über diese Veranstaltung hinaus positiv darstellen würde.“ Als man uns das erzählte, zahlten wir und zogen weiter. Den Gedanken, dass sich eine öffentlich-rechtliche Anstalt als Werbeunternehmen betätigen könnte – wenn entsprechend honoriert würde – mochten wir nicht zu Ende denken.

UMS GELD GEHTS ÜBERALL erfahren wir in Quedlinburg. Damit Sie keine Mühe haben, die Fakten zu erfassen: In der Harzstadt existiert eine Kreisbibliothek, und nun hat das Landratsamt herausgefunden, dass dies eine Angele-

genheit der Stadt sei, denn es seien doch vor allem Bewohner der Stadt, die die Bibliothek benutzen. Demzufolge sei es keine Angelegenheit des Kreises für Lesestoff zu sorgen, sondern Sache der Stadt. Landrat Ermrich (CDU) soll die Idee aufgebracht haben. Er soll dann auch noch zwei Herren in die Bibliothek geschickt haben, die den sieben Mitarbeitern der Bibliothek – jetzt zitiere ich vorsichtshalber die Lokalseite der *Volkstimme* – „irgendwie“ schon den Hinweis gegeben haben, „sie sollten sich Alters-Teilzeitmodelle überlegen oder sich nach anderen Aufgaben umsehen.“ Das Blatt zitierte auch noch den Bildungsdezernenten Senge: „Wir als Harzkreis wollen und werden eine Quedlinburger Kreisbibliothek nicht auf Dauer unterhalten.“ Angesichts dieser Ankündigung blieben kaum noch Fragen. Der Laden wird demnächst dichtgemacht! Das ist zwar kein Ereignis, das eine Schlagzeile hergibt, aber angesichts solcher Entscheidungen erinnert man sich in Neufünfland nun eben öfter und intensiver der Tatsache, dass es erst

18 Jahre her ist, dass in dieser Gegend kein Mensch auf die Idee gekommen wäre, eine Kreisbibliothek zu schließen. Ja, damals gehörte Quedlinburg noch zur DDR und dort waren sogar rollende Bibliotheken unterwegs, wenn die Kreisbibliotheken nicht leicht erreichbar waren. In 18 Jahren hat man sich daran gewöhnt, dass Bücherlesen nicht zu den Bedürfnissen gehört, die Stadt oder Kreis oder Land oder Staat zu befriedigen sich bemüht. Hat man?

NIEMAND SOLL MICH MISSVERSTEHEN, wenn ich der drohenden Schließung einer Bibliothek die freudige Mitteilung folgendes lasse, dass in Wernigerode die beiden Glocken der Stiftskirche S. Sylvestri erneuert werden sollen. Im April letzten Jahres warnten Fachleute vor möglichem Schaden und rieten, die Glocken stummzulegen. Nun beginnt man 70 000 Euro zu sammeln, damit die Glocken erneuert und stabil montiert werden können. Die Ostdeutsche Sparkassenstiftung wurde um Hilfe gebeten. Die Antwort steht noch aus, aber man rechnet mit Zusagen auch von anderen Seiten. Man wünscht dem Vorhaben Erfolg!

• KLAUS HUHNS

Rosa Luxemburg

fl : 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 12. Februar, 18 Uhr, Leipzig
 Vortrag und Diskussion: **Individualität und Eigentum.** Mit Dr. Christiane Schmidt, Leipzig.
 Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Dienstag, 12. Februar, 19 Uhr, Dresden
 Vortrag und Diskussion: **Hermann Kant: Die Sache und die Sachen.** Mit der Autorin Irma Gutschke und Hermann Kant. Kulturthaus, Königstr. 15, Kunstfoyer, 1. OG.

Mittwoch, 13. Februar, 18 Uhr, Leipzig
 Buchvorstellung und Diskussion: **Ekkehard Lieberam: Prekariat ist überall.** Mit dem Autor Prof. Dr. Ekkehard Lieberam, Leipzig.
 Moderation: Prof. Dr. Kurt Schneider.
 Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Sonnabend, 16. Februar, 10-18 Uhr, Dresden
16. Dresdner Friedenssymposium. Deutschland – europäische Zivilmacht oder weltweit agierende Militärmacht? Mit Monika Knoche, MdB; Otfried Nassauer, Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit. In Zusammenarbeit mit Sächsische Friedensinitiative Dresden, AG Frieden Dresden, AG Offene Kirche Sachsen und anderen.
 Dresdner Volkshaus, Schützenplatz 14

Mittwoch, 20. Februar, 19 Uhr, Dresden
 Vortrag und Diskussion: **Der Integrationsbericht der UNO.** Mit Nabil Yacoub, Geschäftsführer Ausländerrat Dresden
 WIR AG, Martin-Luther-Str. 21

Donnerstag, 21. Februar, 17.30 Uhr, Leipzig
 Vortrag und Diskussion: **Die Shanghai Organisation für Zusammenarbeit – aufstrebende Regionalmacht.** Mit Dr. Wolfgang Grabowski, Berlin
 Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Freitag und Sonnabend, 22.-23. Februar
 Tagung: **Nach dem Schrumpfen. 20 Jahre sozialwissenschaftliche Schrumpfungdebatte – Theoretisches Fazit und Ausblick.** Referenten: Prof. Dr. Philipp Oswald, Kassel; Dr. Peter Franz, Halle; Dr. Birgit Glock, Berlin; u. a. Veranstalter: Leipziger Forschungsgruppe Soziales mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen u. a.
 Ort, Zeit und Programm unter www.forschungsgruppe-soziales.de

Sonnabend, 23. Februar, 9 Uhr, Kamenz
 Vortrag und Diskussion: **Menschenrechte in Zeiten des Terrors – Kolateralschäden an der „Heimatfront“.** Mit Dr. Rolf Gössner, Rechtsanwalt und Publizist, Bremen.
 Theater Kamenz, Pulsnitzer Str. 11

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.
 Die Veranstaltungen sind öffentlich.

Genossen Willi Schumann zum 99!

Lieber Willi,
 Zu deinem Jubiläum gratulieren wir dir von ganzem Herzen und wünschen dir Gesundheit und noch viel Spaß bei deinem Hobby „Malen“.
 Seit deiner Jugend stehst du in den Reihen der Arbeiterbewegung und hast bis in dein hohes Alter in vielfältiger Weise Parteiarbeit geleistet.
 Dafür danken wir dir aufrichtig, und wir sind sicher, dass du auch weiterhin unseren Kampf begleiten wirst.

Deine Genossinnen und Genossen
 der Basisgruppe 408a der Partei DIE LINKE

Deutscher Freidenker-Verband
 Leipzig, Gottschedstr. 31 (HH)

21. 2., 16.30 Uhr: 1968 – vertane Chance?

Theatrium
 Leipzig, Miltitzer Allee 52

11. – 14. 2., 10.30 Uhr: Bäcker Olaf und die Stimme des Mondes, P 4.
 18.–22. 2., 19 Uhr: Verwandlung (nach Franz Kafka), P 14

Cineding
 Leipzig, Karl-Heine-Str.

Control: 11.–13. 2., 20.15 und 22.30 Uhr
 Holunderblüte: 11.–13. 2., 20.15 Uhr
 Astronaut Farmer: 11.–13. 2., 22.30 Uhr
 Fallen: 14.–20. 2., 20.15 und 22.30 Uhr
 Dialog mit meinem Gärtner: 14.–23. 2., 20.15 Uhr
 Die zweigeteilte Frau: 14.–23. 2., 22.30 Uhr
 IMord für 2: 21.–23. 2., 20.15 Uhr
 Hotel Very Welcome: 21.–23. 2., 22.30 Uhr

Stadtbibliothek Leipzig
 Wilhelm-Leuschner-Platz 10

Ausstellungen:
 Max Schwimmer – Zeichner und Illustrator. Noch bis 5. 4.
 Büchern ein Gesicht geben. Fotografien, zum 80. Geburtstag von Siegfried Müller. Bis 29. 3., Oberlichtsaal.
 So anders fällt das Licht. Zum 90. Geburtstag von Hildegard Maria Rauchfuß Bis 22. 3., Kabinetausstellung des Literaturarchivs.
Veranstaltungen:
 12. 2., 13–17 Uhr: Safer Internet Day 2008. Am weltweiten Aktionstag geht es um den sicheren Umgang im Netz. Eltern, Lehrer und Schüler testen das Internet. Gäste: Spezialisten für Internetkriminalität u. a.
 13. 2., 17.30 Uhr: Kartierung der historischen Verbreitung von Familiennamen. Bibliotheksgeschichtliches Kabinett, 4. Etg.

Bund der Antifaschisten

Wir sind umgezogen!
 Neue Anschrift:
 Bund der Antifaschisten e.V.
 Zschochersche Straße 21
 04229 Leipzig
 Tel.: 0341/49 34 731
 Mail: bda.Leipzig@web.de

Naturkundemuseum
 Leipzig, Lortzingstr. 3

Sonderausstellungen:
 Bis 30. 3.: Zielscheibe Erde – Eine Ausstellung des Museums der Westlausitz, Kamenz
 Bis 30. 3.: Rosemarie Fret: Lebensorte - Leipzigs alte Friedhöfe

Unser Genosse Ernst Liebig
 begeht am 14. Februar seinen 75. Geburtstag.

Wir gratulieren herzlichst und wünschen dir, lieber Ernst, ALLES ERDENKLICH GUTE.

Deine Genossinnen und Genossen der Basisgruppe LößnigII der Partei DIE LINKE



Wir begrüßen unsere neuen Abonnenten in unserer Hochburg Leipzig, aber auch in 21244 Buchholz und CH-4227 Büsserach



Nix wie weg! Grad noch eine LN erwischt ...

Damit auch andere nicht leer ausgehen, sind wir sehr auf Ihre Hilfe angewiesen.

SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V., Sparkasse Leipzig,

Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860 555 92,

Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

Bestellschein

bitte ausgefüllt schicken an:
 LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname
 Straße, Hausnummer
 PLZ, Ort
 evtl. Telefon
 e-mail-Adresse

Ich bitte um Rechnung
 Ich bezahle durch Bankeinzug
 Geldinstitut
 BLZ
 Kontonummer
 Kontoinhaber

ANSCHRIFT UND KUNDEN-NR. des Werbers* bzw. Geschenkgebers*

* Nichtzutreffendes bitte streichen
 Kundennummer
 Name, Vorname
 Straße, Hausnummer
 PLZ, Ort

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers
 Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.
 2. Unterschrift des Auftraggebers

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post/e-mail zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor Bezugsende** in der Redaktion kündigt.

- Normal-Abo (13 Euro im Halbjahr)
- Studierenden-Abo (13 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises
- Probe-Abo (3,50 Euro für ein Vierteljahr)
- Internet-Abo (15 Euro im Jahr)

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis zusätzlich 5 Euro.

Nun ist es raus, kaum einer wollte es wissen und doch haben sich 120 Journalisten und -innen ein Stelldichein gegeben. Jürgen Klinsmann (*Dasch is der, wo der hätt im Sommer 2006 Weltmeister werden wolle, aber gescheiderd ich*) wird neuer Trainer beim deutschen Rekordmeister, dem oft zu Unrecht bezeichneten FC Hilliwood, Bayern München. Nun gibt es viel Gesprächsstoff, viele Fragen? Wird er das denn schaffen? Warum holen die Bayern so einen unerfahrenen Mann, wo man doch hätte so viel Erfahrung einkaufen können. Gut, von den Bayern hieß es, dass man Klinsi geholt hätte, weil der so erfolgreich mit der Nationalmannschaft gearbeitet hätte und gewesen wäre. Ich glaub nur, dass wenn Klinsi mit den Bayern genau so erfolgreich ist, also gerade mal so die Champions-League-Qualifikation schafft (entspricht Platz 3 eben wie bei der WM), dann brennt der Baum. Dann wird man Klinsi schneller in die Tonne kloppen, als der gegen diese zu treten in der Lage ist. Dann wird wieder ein mündiger und vorlauter Fan Herrn Hoeneß Dampf machen, den der dann ablässt.

Nun, manch einer hat es ja schon festgestellt: Klinsi hat was am Knie, denn anders ist sein ziemlich lästiges und dämliches Dauergrinsen ja nicht zu erklären. Und schon macht die Vermutung die Runde, dass er den Bayern zugesagt hat, weil ihm dort auf jeden Fall das Lachen vergehen wird. Und mit 8 Millionen Jahresschmerzengeld ist er gut aufgestellt. Ach, schließlich war ja Klinsi als Spieler unter dem Spitznamen „Flipper“ bekannt. So manch ein Bayoware (Lehnwort zu: Bajuware) mag den Delfin ja noch für einen Fisch halten, bleibt also nur zu hoffen, dass der neue Trainer nicht gleich macht. Eben, den Fisch! Zurück zur Mathematik: Fußball, so lehrte es uns der Denker, Lenker und Philosoph Karl-Heinz Rummenigge, sei keine Mathematik. Oh weh, mir schwant Böses. Hoffentlich haben sich die bayrischen Dyskalkulierer nicht verrechnet. Der Kauf eines Menschen



(vor langer Zeit als Sklavenhandel verschrien) muss sich halt auch rechnen. Ich weiß, ich weiß; mir steht es nicht zu philosophisch zu werden, von wegen und Sklavenhandel. Was ist denn das für ein Vergleich. Herr Klinsmann dient doch nicht seinem Herren, sondern dem Geld (und damit ist er nicht allein). Die Spieler der Bayern freuen sich auf Klinsmann. Endlich gibt es Gewichte um den Hals, Fußfesseln und beim Training kann man mal so richtig den Clown mimen. Für diesen Unfug wird ein internationaler Trainerstab aufgestellt und man nennt das ganze „neue Methoden“, oder wie Klinsi sagt: „Ich habe eine Philosophie!“ Fehlt nur noch die Peitsche, wenn die Deppen mit den Gussklötzern am Hacken zu langsam um den Sportplatz schlüpfen. Doch den bayowarischen Fan an der Säbener Straße freut das enorm, mal nicht nur hinter den Kulissen Theater, sondern auch vor den Kulissen. Und: Wenn der Bayern-Fan mal Fußballspiele und Fußballspieler sehen will, dann kann er das ja deutschlandweit (z. B. bei Werder Bremen) tun. Den einen Philosophen hatten wir schon, nun kommt der nächste, der neue Bayerntrainer. Seine Philosophie, so posaunt er lauthals, sei, jeden einzelnen Spieler besser zu machen. Nur zu dumm, dass uns das Lexikon über "Training" sagt: ...die körperliche, geistige und seelische Konstitution in der Weise zu verbessern, dass eine erhöhte Leistungsfähigkeit in der jeweiligen Sportart resultiert. Also, das Ding am Rande des Spielfeldes, welches als Trainerbank groß wurde, wird wohl jetzt weltweit in Philosophensessel umgetauft. Und schon bald wird uns der Klinsmannismus in der Schule gelehrt. Marx hat lange auf seinen würdigen Nachfolger warten müssen! In dem Sinne – Sport frei, denn mit Sport hat der Quatsch nun nix zu tun!

Euer Fußball-Experte Edig Fleischer

P.S.:
Lesen Sie in acht bis zehn Wochen: Hitzfeld entlassen – Klinsi is eher back als geplant.

Von Friedrich S.



In einem aktuellen in Deutschland hergestellten Video mit einem Werbefilm für eine Pragreise läuft neben allseits bekannten Smetana-Klängen ein Text, in dem der tschechische Komponist immer wieder benannt wird -

als Friedrich Smetana.

Nun wissen viele Leute, dass so zwar der Taufname des Knaben lautete, er sich später stets mit der tschechischen Variante Bedrich schrieb. Ebenso hat Mozart aus seinen Vornamen Joannes Chryostomos Wolfgang Theophilus den eines Wolfgang Amadeus gemacht, und Jacques Offenbach war als Jakob Eberst zur Welt gekommen. Schon gar niemand bestünde darauf den amerikanischen Humoristen Samuel Langhorne Clemens unter diesem Namen zu nennen, seit der sich Mark Twain nannte.

Warum diese Regel für einen Tschechen nicht gilt, lässt sich nur vermuten: In den Köpfen ist der Eiserne Vorhang noch lange nicht gefallen.

FRANK FREY

Von Hagen R.



LN-TIPP: Am 21. Juni gastiert der bitterböse, blitzgescheite, engagierte Gesellschaftsanalytiker **Hagen Rether** mit seinem Flügel im Leipziger **Schauspielhaus**. Es gibt schon jetzt nur noch wenige Restkarten ...

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Allein für die Bundesministerien, Kanzler- und Presseamt wurden 2006 sagenhafte 1364,2 Tonnen Papier beschafft.

ND 17. 1.

Die polnische katholische Kirche will ein Zentrum für Exorzismus einrichten.

3sat 18. 1.

In den 1960er Jahren musste eine französische Frau die Genehmigung ihres Mannes haben, wenn sie ein eigenes Konto eröffnen oder eine Arbeit aufnehmen wollte.

Daniel Cohn Bendit, arte 19.1.

In Südafrika sind 7 Prozent Weiße und 30 Prozent Schwarze arbeitslos.

3sat 21. 1.

85 Prozent der Stromerzeugung in der BRD gehören den großen Vier.

Ca 800000 Kunden ist der Strom ganz oder zeitweise abgestellt worden, da sie nicht zahlen können.

DLF 23. 1.

Deutsche Unternehmensberater haben für die rumänische Regierung die Gesetze zur Regelung der Subventionierung von Unternehmensansiedlungen mitgeschrieben.

ARD 21. 1.

Aus französischen Museen und Kirchen sind 2007 ungefähr 3000 Kunstwerke gestohlen worden.

DLF 24. 1.

Aus deutschen Flughäfen werden zur Durchsetzung der Sicherheitsbestimmungen jede Woche 50 Tonnen Flüssigkeiten, die den Passagieren abgenommen wurden, in den Müll befördert.

ARD 24. 1.

In China kommen täglich 14000 neue Autos auf die Straßen.

3sat 25. 1.

Ich war nie der Auffassung, dass damit (mit dem Fall der Mauer) die DDR untergegangen war. Ich wollte ein anderes Land mit einer demokratischen Regierung, aber nicht vom Westen eingenommen sein. Es war eine Vereinnahmung und keine Wiedervereinigung.

Michael Gwisdeck, LVZ 26 / 27.1.

Gegenwärtig gibt es 130 000 Klageverfahren gegen Hartz IV.

DLF 29.1.

Es ist ja ohnehin erstaunlich, dass jeden Tag genau soviel geschieht, wie am nächsten Morgen in die Zeitung passt.

Eulenspiegel 2/08

ENTDECKT VON MANFRED ERBE

Wohlstand:
unverantwortlich hoher, ergo zum Übelstand mutierter, Lebensstandard, der die verantwortlichen Politiker auf den Plan ruft, um ihn zu bekämpfen.

*

Gerechtigkeit:
sagenumwobenes Phänomen, das, seitdem es seinen Lauf nahm, nicht mehr gesehen ward.

*

Amtseid:
einziger Meineid, der einer unerbittlichen Straf-Freiheitsgarantie unterliegt.

REINHARD LOCHNER



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V., V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: redaktion@leipzig-neue.de
Internet: www.leipzig-neue.de
Einzelpreis: 1,30 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung, Anzeigen, Werbung:
Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig, Tel./Fax Redaktion: 0341 / 21 32 345

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 04. Februar 2008
Die nächste Ausgabe erscheint am 22. Februar 2008

Spendenkonto für Projekt Linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92, Konto: 11 50 11 48 40